

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

10. Sitzung
19. September 2022

Beginn: 09.32 Uhr
Schluss: 12.43 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychey (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**HTW an die Spree – Sachstand, Finanzierung und
Zeitschiene des Komplettumzugs der Hochschule für
Technik und Wirtschaft nach Oberschöneweide**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0031](#)
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße unsere Anzuhörenden vor Ort: Herr Prof. Dr. Busch, Präsident der Hochschule für Technik und Wirtschaft, außerdem ist zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Bezirksbürgermeister Igel anwesend. – Ihnen beiden herzlich willkommen! Vielen Dank, dass Sie hier sind! Ich stelle noch einmal fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit den Liveübertragungen und Bild- und Tonaufnahmen einverstanden sind. – Das ist der Fall, wunderbar! Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. Herr Abgeordneter Förster könnte jetzt den Besprechungspunkt kurz begründen.

Stefan Förster (FDP): Das mache ich gerne, liebe Frau Vorsitzende! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Anzuhörende! Es ist schon in der letzten Wahlperiode eine gute Tradition in diesem Ausschuss gewesen, dass wir uns regelmäßig mit dem Sachstand des Komplettumzugs der HTW nach Oberschöneweide beschäftigen. Für die Chronistenpflicht sei erwähnt, dass am 25. Februar 2019 Herr Busch erstmals hier war. Das war kurz vor Beginn seiner offiziellen Amtszeit, damals noch gemeinsam mit seinem Vorgänger. Frau Ziemer vom Verein Denk mal an Berlin e.V. und der damaligen Regionalmanager Herr Niemeyer waren mit dabei gewesen. Wir haben uns diesen großen Überblick geben lassen, wie sich Oberschöneweide gemeinsam mit der HTW entwickeln kann, im Zusammenspiel mit anderen Institutionen vor Ort. Da hat sich einiges getan. Am 11. Januar 2021 war Herr Busch ein weiteres Mal hier, dann ohne seinen Vorgänger Herrn Semlinger, und hat uns den aktuellen Zwischenstand berichtet, also vor ziemlich genau einem Jahr und acht Monaten, und da ist mittlerweile auch schon wieder einiges passiert. Insofern habe ich die Hoffnung, wenn uns heute Herr Busch und Herr Bezirksbürgermeister Igel den aktuellen Stand geben, dass wir am Ende wieder ein Stück weit schlauer sind und weiter kommen, was die Entwicklung in Schöneweide betrifft. Da sind doch einige positive Perspektiven in Aussicht. Ich hoffe sehr, dass wir dann gemeinsam daran mitarbeiten werden, dass wir das Ziel, die HTW einmal komplett an die Spree in Oberschöneweide zu bekommen, verwirklichen werden. Insofern freue ich mich auf die Ausführungen, Herr Dr. Busch, Herr Bezirksbürgermeister Igel, und auf die anschließende Diskussion.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank, Herr Förster! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung. Sie haben die Möglichkeit für ein ungefähr fünfminütiges Eingangsstatement. Im Anschluss würden die Abgeordneten Fragen stellen, wo Sie die Möglichkeit haben, die Fragen der Abgeordneten im Zusammenhang zu beantworten. Wir würden mit Herrn Prof. Dr. Busch beginnen und dann mit Herrn Igel weitermachen. – Herr Busch, Sie haben das Wort!

Dr. Carsten Busch (Präsident HTW Berlin): Vielen Dank für die Einladung und herzlichen Dank für die Einführung! Herr Förster hat dankenswerterweise schon einige Punkte aus der Vorgeschichte aufgeführt.



Ich habe Ihnen ein paar Bilder mitgebracht, das sind übrigens Bilder von unseren beiden Campussen. Oben, der mit den hübschen Blüten, ist der, den wir aufgeben wollen – Sie werden sich fragen warum – und der zweite ist der, wo wir hinwollen. Da können Sie schon ahnen, dass da noch Platz sein könnte.

Die HTW Berlin hat zwei wunderschöne Standorte:



- Der **Lichtenberger Campus Treskowallee** beheimatet ca. 4.000 Studierende, 80 Professor_innen und 250 Mitarbeiter_innen. Ca. 20.000 qm
- Der **Campus Wilhelminenhof** befindet sich in Oberschöneweide an der Spree in **Treptow-Köpenick**. Er ist Ort von Lehre und Forschung mit ca. 10.000 Studierende, 220 Professor_innen und 300 Mitarbeiter_innen. Ca. 55.000 qm

Zwei Standorte, beide im Südosten Berlins, beide übrigens in ausgezeichnetem Zustand – die Frage, ob irgendetwas nicht in Ordnung ist, ist nicht die, die uns umtreibt. Es geht auch nicht um die Bequemlichkeit von Professorinnen und Professoren oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zwischen zwei Standorten hin und her zu wechseln, sondern es geht darum, dass der Bezirk Lichtenberg inzwischen durchaus Interesse daran hat, auf dem Campus Treskowallee, auf dem wir derzeit sind, andere Nutzungen unterzubringen – dazu spreche ich später noch ein wenig, und ich vermute, es wird sicherlich auch Teil der Diskussion sein. In Oberschöneweide, direkt an der Spree, ist noch Luft, ein altes Industrieareal, das derzeit immer noch im Transformationsprozess ist. Wir verstehen uns als Teil dessen und möchten die Dinge auch weiter voranbringen. Das ist eigentlich der Hauptgrund, warum wir das machen wollen.

Wenn Sie die Größenverhältnisse sehen, ist es ohnehin so, dass wir mit einem Gros der Hochschule schon in Oberschöneweide, im Bezirk Treptow-Köpenick sind, also ca. 10 000 Studierende und flächenmäßig auch deutlich mehr als zwei Drittel, eher drei Viertel. Es geht eher darum, dass man – ich will nicht den Rest sagen – den anderen wichtigen Teil ebenfalls dort konzentriert.

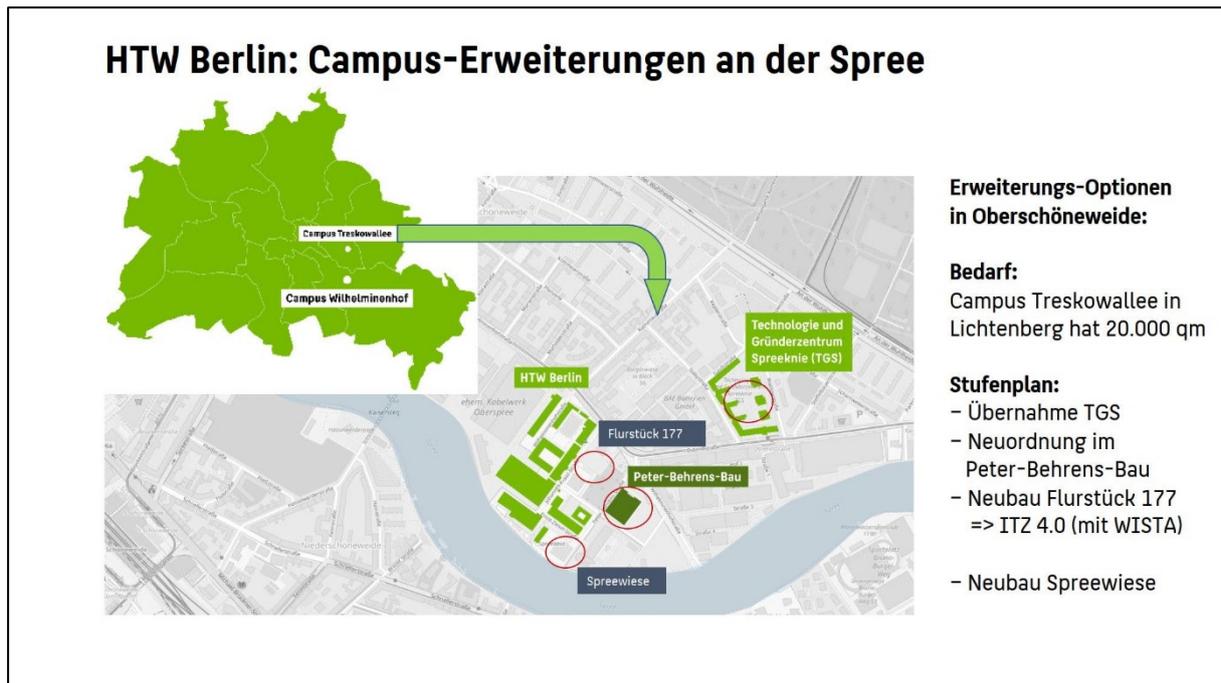
Ein alter Plan, Beschlüsse und neue Entwicklungen:



- Dezember 2019: Hochschulentwicklungsplan der HTW, ohne Gegenstimmen beschlossen (bestätigt 2022)
- Mai und Juli 2020: Befassung durch Berliner Senat, grundsätzliche Befürwortung
- Januar 2021: Wissenschaftsausschuss : Befürwortung durch alle Fraktionen
- März 2021: Machbarkeitsstudie ITZ 4.0 gemeinsam mit Wista und SenWeb, Gemeinschaftsbau ist möglich und spart Kosten
- März 2021 Erklärung StSin SenWeb: ITZ 4.0 soll kommen, Teilfinanzierung durch GWR/SenWeb möglich
- Juni 2021 Vereinbarung mit Bezirk Treptow-Köpenick: Übernahme von TGS durch HTW
- November 2021 Koalitionsvertrag Rot-Grün-Rot (S. 122): *Das in Oberschönevide geplante Innovations- und Technologiezentrum Industrie 4.0 wird gemeinsam mit der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft umgesetzt.*

Wenn wir das Thema Vorgeschichte kurz aufgreifen, kann ich noch ein, zwei Punkte zu denen, die Herr Förster schon bezogen auf den Ausschuss angedeutet hat, ergänzen. Da ist es so, dass schon – Herr Förster hat es erwähnt – die vorherige Hochschulleitung das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat, allerdings mit einer Konzentration in Richtung einer großen Ankaufslösung. Einige von Ihnen, die schon etwas länger mit diesem Thema befasst sind, werden aus der Zeit eine Zahl kennen, die 250 Millionen Euro lautete – damaliger Stand, vier, fünf Jahre her. Das wäre heute deutlich mehr. Wir haben in den letzten Jahren intensiv mit dem Bezirk und anderen Akteurinnen und Akteuren, auch der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, daran gearbeitet, dass wir diese Summe deutlich verringern und dass wir das Ganze nicht als einen großen auch für die Hochschule schwerverdaulichen Akt bauen, sondern dass es ein Phasenmodell gibt, das vielleicht tatsächlich umsetzbar und bezahlbar ist.

Wenn man kurz einige Stationen, die hier aufgelistet sind, rausgreift – ich nehme nicht alle –, haben wir eine Befassung durch den Berliner Senat, 2020 sogar zweimal, mit einer grundsätzlichen Befürwortung, aber auch der Thematik, wie das Ganze finanziert werden könne. Den Wissenschaftsausschuss hat Herr Förster schon erwähnt. Ein wichtiger Zwischenschritt, der beim letzten Mal, als ich im Januar 2021 hier war, noch nicht ganz spruchreif war – ich hatte, glaube ich, damals ein paar Andeutungen machen können –, war das Thema Industrie und das Innovations- und Technologiezentrum 4.0 – ITZ 4.0 –. Das ist ein Vorhaben, das seit Langem zwischen der WISTA auf der einen und der Senatsverwaltung für Wirtschaft auf der anderen Seite in der Planung ist. Hier war lange Zeit die Frage, ob wir das alles überhaupt auf dem Gelände hinbekommen.



Sie wissen, nicht nur Geld, sondern auch Flächen sind endlich. Dann wird es plötzlich manchmal schwierig, man hat einen Knoten in der Frage, ob man das eine oder das andere bauen muss. Hier gab es intensive Diskussionen, und es ist eine Machbarkeitsstudie mit der WISTA und der Senatsverwaltung für Wirtschaft durchgeführt worden, die zeigt, dass wir auf einem Gelände, das derzeit in Besitz des Bezirks ist, der hier aber – das wird Herr Igel sicherlich darstellen – zu sehr beweglichen Schritten in der Lage und willens ist – das nennt sich Flurstück 177 –, ein gemeinsames Gebäude errichten können, das dadurch, dass es gemeinsam von WISTA und Hochschule wäre, deutlich kosteneffektiver wäre, das als Plusenergiehaus angelegt werden könnte, damit die Energiebilanz des Campus verbessern könnte, und das gleichzeitig das Thema Industrie 4.0, das in der Hochschule und seitens WISTA von großer Bedeutung ist, vorangebracht werden könnte. Hier konnte ein Knoten, der uns lange Zeit ein bisschen behindert hat, gut gelöst werden. Es ist insofern vielleicht auch kein Zufall, dass dieses Vorhaben den Weg in die Koalitionsvereinbarung des aktuellen Senats gefunden hat. Wir sind jetzt zusammen mit dem Senat und den verschiedenen beteiligten Senatsverwaltungen an der Frage dran, wie wir das Ganze trotz der schwierigen Finanzlage des Landes lösen können, weil auch ein solcher Bau, selbst wenn der Bezirk stark mitunterstützt, Geld kostet. Ich kann hinterher vielleicht ein bisschen mehr dazu sagen. Im Moment würde ich in der Liste weitermachen.

Dann haben wir noch eine Vereinbarung zwischen Bezirk und Hochschule, die sagt, dass wir gerne einen Gebäudekomplex des Technologie- und Gründerzentrums Schöneweide – TGS –, das derzeit unter der Regie des Bezirks geführt wird, an die Hochschule übernehmen möchten. Der Bezirk möchte das abgeben. Dies würde einen Wandel von 20 000 Quadratmetern Fläche bedeuten. Die Hochschule ist in dem Technologie- und Gründerzentrum derzeit schon als Mieterin drin. Wenn wir das übernehmen würden, würde sich hier ein erheblicher Spielraum ergeben, und es wird diejenigen, die sich mit Euros beschäftigen wundern, aber vielleicht auch freuen, dass wir nach derzeitigen Stand davon ausgehen, dass das ohne Kosten für den Steuerzahler oder die Steuerzahlerin erfolgen kann. Ich nehme an, wir werden uns nach-

her im Wechselspiel mit der Senatsverwaltung noch einmal austauschen können, wie wir aus beiden Seiten den Stand der Übernahme sehen, weil Bezirk und Hochschule das eine sind, aber wir brauchen auch die Zustimmung des Berliner Senats, aber wir sind da ganz guter Hoffnung.

Hierdurch kann man insgesamt sagen, dass ich jedenfalls nach meinem Stand derzeit davon ausgehe, dass zwei von drei Schritten, die wir bräuchten, um die Hochschule insgesamt an die Spree zu bringen, schon auf einem sehr guten Weg sind, in unterschiedlichen Stadien. Wenn wir das dürften, wären wir schon etwa zur Hälfte aus Lichtenberg weg. Das klingt ein bisschen despektierlich, aber wenn man weiß, dass der Bezirk Nachnutzungspläne und -wünsche hat, dann heißt das auch, dass seitens unserer Hochschule das Angebot gilt, dass wir dann in dem Maße, wie wir rüber dürfen, Flächen sofort freigeben. Das heißt, es wird nicht so sein, dass wir das lange blockieren. Jedenfalls von uns aus möchten wir das nicht, sondern jeder dieser Schritte, die wir in nennenswertem Umfang nach Oberschöneweide machen dürfen, wird dazu führen, dass wir Flächen in Lichtenberg frei machen werden. Ich glaube, wir haben schon gezeigt, dass wir sehr willens sind, indem wir vorab von uns aus schon vor über einem Jahr Flächen neben unserem Mensagebäude in Lichtenberg freigegeben haben, damit der Bezirk dort eine Schule bauen kann. Die Bauvorbereitungen laufen derzeit. Wir sind sehr willens, alles möglich zu machen. Ich weiß, dass das für Berliner Verhältnisse eher ungewöhnlich klingt, dass wir versuchen, Dinge eher kleiner und billiger zu machen – billiger nicht im Sinne von, es ist dann „billig“, sondern es kostet die Steuerzahler weniger. Wir glauben, dass das im Moment ein richtiger Schritt ist und hoffen, dass wir hierbei auch weiterhin Bündnispartner und -partnerinnen, sowohl in den Senatsverwaltungen als auch im Ausschuss, haben. – So viel für den Moment! Ich nehme an, andere Dinge, die mehr in die Details gehen, werden sich in der Diskussion klären lassen. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychey: Danke! – Dann ist Herr Bezirksbürgermeister Igel an der Reihe.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bezirk Treptow-Köpenick begrüßt uneingeschränkt die Konzentration der HTW an der Spree am Campus Wilhelminenhof. Wir wünschen uns das seit Langem. Wir sind davon überzeugt, dass das eine weitere Belebung für den Ortsteil Oberschöneweide und darüber hinaus zur Folge haben wird. Wir haben das bereits in den vergangenen Jahrzehnten erleben dürfen, dass sich Oberschöneweide mit der Entscheidung, die HTW auf den Campus Wilhelminenhof anzusiedeln, ganz wesentlich zum Positiven verändert hat. Wir gehen davon aus, dass diese Tendenz weiterhin Bestand haben wird und dass das eine gute Sache für Oberschöneweide ist. Deswegen unterstützen wir als Bezirk auch die Ansiedlung der HTW in Oberschöneweide.

Die Instrumente, die uns dafür zur Verfügung stehen, hat Herr Busch gerade genannt. Ich will sie noch einmal aus meiner Sicht auf den Punkt bringen. Das Technologie- und Gründerzentrum Schöneweide ist ein Gründungszentrum, das derzeit bereits mit etwa 50 Prozent der Fläche durch die HTW genutzt wird. Der übrige Teil ist Gründungsgeschäft. Das sind also Unternehmen, die sich dort als Existenzgründer klein angesiedelt haben, wachsen und auch hinauswachsen sollen; das ist Absicht eines solchen Gründungszentrums. Mit der Übergabe dieses Technologie- und Gründerzentrums soll allerdings nicht das Gründungsgeschäft eingestellt werden, sondern es soll im Grunde genommen dazu führen, dass einerseits die HTW

ihre Flächen erweitern kann, andererseits dass sie ihre eigene Expertise, die sie bei der Unterstützung von Existenzgründungen hat – sie hat dafür entsprechende Abteilungen –, stärker mit diesem Zentrum verknüpft werden können, sprich, dass Studentinnen und Studenten der HTW genau an dieser Stelle ihre Existenzgründung vornehmen und an dem Ort, an dem sie studiert haben, ihr Unternehmen gründen und ihre ersten Schritte machen. Das ist der Vorteil, den wir uns alle davon versprechen.

Das Flurstück 177 ist ein Flurstück, auf dem der Bezirk schon lange sitzt, und wir haben das absichtlich blockiert. Wir haben immer gesagt, wir möchten das für die Entwicklung der HTW am Standort. Es ist eine Vereinbarung mit der WISTA getroffen worden, dass das ITZ 4.0 und die HTW an einem Standort ihre Belange umsetzen können, und insofern ist das jetzt auch der Zeitpunkt, an dem das Projekt realisiert werden kann. Sie als Mitglieder des Abgeordnetenhauses haben derzeit auch den Masterplan Industrie vorliegen. Dort ist das Projekt ITZ 4.0 als eines der konkret umsetzbaren Maßnahmen genannt. Da ist auch die Möglichkeit, dass Sie in diesem Rahmen dem Vorhaben zustimmen.

Was die weitere Zeitschiene betrifft, so wissen wir, dass einige Maßnahmen sicherlich einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen werden. Was allerdings die Übernahme des Technologie- und Gründerzentrums Schöneweide betrifft, sind letzte verwaltungstechnische Details zu klären. Das Objekt wird in das Fachvermögen der Hochschule übergeben und kann fortan von der HTW betrieben werden. Für das Flurstück 177 sind die üblichen Angelegenheiten einer Baugenehmigung einzuholen. Hier ist selbstverständlich auch der Denkmalschutz zu beachten. Da gibt es auch noch Fragen zu klären. Das ist aber das übliche Geschäft, was in einer solchen Angelegenheit erledigt werden muss. – Ich freue mich darauf, die HTW in absehbarer Zeit mit noch stärkerer Präsenz am Campus Wilhelminenhof begrüßen zu dürfen, und würde mich freuen, wenn Sie als Abgeordnete und als Senatsverwaltung den Prozess weiterhin unterstützen.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Herr Schulze, Sie haben das Wort!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Das ist in der Tat ein sehr spannendes wissenschaftspolitisches Vorhaben, das hier ansteht. Das ist auch ein stadtpolitisches Vorhaben. Dieser Campus im Südosten kann ein bisschen die Gegenachse zur Siemensstadt bilden, und mit dem Flughafen und Tesla unten im Südosten ist das insgesamt ein Wachstumskern unserer Stadt. Adlershof ist da auch und entwickelt sich hervorragend.

Man muss schauen, wo wir mit der HTW herkommen: Als ich erster Vorsitzender des AStA an der HTW war – das war bis zum Jahr 2001 –, haben wir noch über den Zentralstandort Karlshorst gesprochen, also über Neubauten nördlich und südlich der S-Bahn-Linie. Dann sind die Standorte Warschauer Straße, Blankenburg, auch der Standort am Ostkreuz usw. geschlossen worden. Das hat eine lange Geschichte von fünf auf zwei und jetzt perspektivisch auf einen Standort. Man muss sagen, Sie haben vorhin Ihr Licht ein bisschen unter den Scheffel gestellt, aber durch die Möglichkeiten, miteinander zu interagieren, interdisziplinär Wissenschaft zu betreiben, ist ein Zentralcampus ein hochschul- und wissenschaftspolitisch sinnvolles Ziel. Insofern unterstützen wir das seitens meiner Fraktion schon seit Langem, sind auch sehr froh, dass der Senat in der letzten Legislaturperiode dazu einen Grundsatzbeschluss gefasst hat, wo wir noch einmal überlegen müssen, ob wir den vielleicht für diese Legislaturperiode auf Grundlage der jetzigen Möglichkeiten, Zahlen und Rahmenbedingungen erneuern.

Ich hätte eine Frage an Herrn Bürgermeister Igel, und zwar wie Sie die Einbindung der HTW im Südosten mit Adlershof, mit der möglichen Industrie- und Wirtschaftsentwicklung dort vor Ort sehen. Da kennen Sie sich ja gut aus. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, welche Rolle so ein zentraler Hochschulstandort für Sie als Bezirk mit der Entwicklung, die wir links und rechts der Spree bzw. der Dahme haben, spielen kann.

An Herrn Busch hätte ich die Frage, wie das mit dem Gebäude auf der Spreewiese aussieht. Da sind verschiedene Kooperationspartner denkbar, beispielsweise auch außeruniversitäre Forschungsinstitute. Welche Gespräche führen Sie, um dieses neue Gebäude zu errichten? Gäbe es eventuell die Möglichkeit, Bundesgelder anzuzapfen? Welche Finanzierungsmöglichkeiten sehen Sie da? Es ist klar, dass sich so ein großes Vorhaben mit so einem Neubau in die Gesamtstrategie einpassen muss, die wir gerade miteinander entwickeln, sei es sowohl Sanierung als auch Investitionen insgesamt. Welche Möglichkeiten sind da denkbar, und wo können wir als Land bei den entsprechenden Gesprächen mit den möglichen Financiers und Kooperationspartnern unterstützen?

Letzte Frage: Die Studierenden, die dann dort studieren und sich dort aufhalten wollen – Oberschöneweide hat sich in der Tat entwickelt –, müssen auch irgendwo wohnen. Vielleicht haben Sie beide die Möglichkeit, studentisches Wohnen im Umfeld des neuen zentralen Hochschulstandorts mit nach vorne zu bringen, damit die Frage der Krise des Wohnungsmarkts für die Studierenden dort gelöst werden kann und sie möglicherweise nicht nur in der Woche da sind, sondern sich auch am Wochenende in Oberschöneweide aufhalten und das als ihren Lebensmittelpunkt sehen. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke! – Dann ist jetzt Herr Förster an der Reihe.

Stefan Förster (FDP): Ich will mich ausdrücklich der Analyse des Kollegen Schulze anschließen, sowohl, was die Bedeutung der HTW für Oberschöneweide, aber auch die Konzentration auf einen Standort für die Entwicklung der HTW insgesamt betrifft. Das ist etwas, was wir an anderen Standorten auch immer favorisiert haben. Bei der ASH haben wir auch ermöglicht, dass der Ergänzungsbau unmittelbar am Campus entstehen kann und nicht, dass sich die ASH auf weitere Standorte zerfasert. Dies muss man hier auch berücksichtigen. Wann immer wir eine Ein-Campus-Idee verfolgen können, ist das sinnvoll und gut. Wenn sich das räumlich und von der Machbarkeit her in irgendeiner Form in Übereinstimmung bringen lässt, sollten wir auch daran weiter festhalten. Ich glaube auch, mindestens Herr Bezirksbürgermeister Igel kann gerade die Entwicklung von Schöneweide in den letzten 20 Jahren gut beurteilen. Das ist seit unseren gemeinsamen Anfängen in der BVV Treptow-Köpenick so nach 2001 enorm vorangegangen, und es hat sich viel getan. Ich glaube auch, die HTW würde, wenn sie komplett dort wäre, diese Entwicklung abrunden und das gemeinsam mit den Nachbarn, die teilweise dort künftig in privatwirtschaftliche Vorhaben in Größenordnungen – in Milliarden schwere muss man schon sagen – investieren wollen, gemeinsam in eine gute Einheit bringen.

Ich habe am Anfang gesagt – und da bin ich auch bei dem, was Herr Busch dargestellt hat –, dass die beiden vorherigen Anhörungen immer eigene Ergebnisse gebracht haben. Nach der ersten Anhörung 2019 war die Erkenntnis gereift, dass der ganz große Wurf am Ende zu gar nichts führen wird. Man macht das lieber etappenweise, fundiert und die Etappen so, dass man am Ende sagen kann, dass es solide Schritte sind, die man weiter geht. Die zweite Anhörung 2021 war im Prinzip schon der Vorgriff auf das ITZ 4.0, auf die Geschichte beim TGS, die sich danach entwickelt hat. Das sind sehr positive Bausteine, die, glaube ich, auch fraktionsübergreifend unterstützt werden und die auch sinnvoll sind.

Zum TGS würde ich gerne wissen: Ich finde es wunderbar, dass die HTW das Technologie- und Gründerzentrum übernimmt. Das hatte im Laufe der Jahrzehnte auch schwierige Phasen hinter sich, auch mit viel Leerstand, teilweise mit Institutionen, die das betrieben haben, um Geld herauszuziehen, anstelle Geld hineinzustecken. Das waren nicht immer erfreuliche Entwicklungen, aber es ist jetzt auf einem guten Weg, in den letzten Jahren schon unter der Hoheit des Bezirks. Wie ist der aktuelle Stand beim TGS? An welchen Schritten mangelt es auch noch landesseitig, dass das TGS endgültig an die HTW übertragen werden kann? Gegebenenfalls auch an den Senat: Wie kann das beschleunigt werden, dass die Formalien schnell abgewickelt werden? Meiner Kenntnis nach stand das schon 2021 in Aussicht, und wir haben ein gemeinsames Interesse daran, dass die HTW die Verfügung über das TGS schnell bekommt und auch im Sinne der Sache entsprechend walten kann. Ich will auch sagen, dass bei den 50 Prozent der Fläche, die Bezirksbürgermeister Igel schon erwähnt hat, die die HTW nutzt, auch legendäre Entwicklung wie das Gameslab darunter gewesen sind. Da sind auch tolle, über Schöneweide hinausreichende Institutionen der HTW gewesen, die eine entsprechende Wahrnehmung erzielt haben. Was dort gemacht wurde, auch bisher schon, ist ja nicht ohne und hat eine erfolgreiche Außenwirkung.

Beim ITZ 4.0 hätte ich gerne – Herr Prof. Busch hat in Aussicht gestellt, dazu noch etwas sagen zu wollen – etwas zur Finanzierung gewusst. Soweit ich weiß, ist die HTW bereit, auch in Größenordnungen erst einmal in Vorleistung zu gehen. Vielleicht können Sie sagen, mit welchen Gesamtkosten Sie momentan rechnen. Ich sage bewusst momentan, weil wir wissen, dass es mit der bauspezifischen Teuerungsrate und der Inflation am Ende teurer wird. Aber

mit welcher Summe kalkulieren Sie jetzt? Welche Summe wäre die HTW bereit vorzufinanzieren? Können Aussagen getroffen werden, inwieweit sich die WISTA beteiligt, bzw. die WISTA ihre Hausaufgaben gemacht hat, um das auf einen guten Weg zu bringen?

Ich finde es auch sehr gut, dass der Bezirk das Grundstück und die Fläche vorgehalten hat, weil das eine sehr positive und weitreichende Entwicklung ist. Ich sehe das auch nicht als Problem an, dass man da in irgendeiner Form mit dem Denkmalschutz zu tun hat, im Gegenteil. Wir haben dort hochwertige Architektur aus der Gründungsgeschichte der AEG, Peter Behrens und andere namhafte Architekten lassen grüßen, und da muss man aufpassen, dass nicht noch einmal so eine Bausünde wie die Blechkiste von Silicon Sensor passiert. Man kann dort moderne und zeitgemäße Architektur hinstellen, die trotzdem mit den Bestandsgebäuden korrespondiert, eine architektonische Einheit bildet und nach etwas aussieht. Das muss nicht automatisch teurer sein. Von daher würde ich dazu anraten, relativ bald städtebauliche und hochbauliche Wettbewerbe zu machen und die zu fundieren. Wir brauchen an der Stelle etwas, was architektonisch qualitativ nach außen wirken kann.

Die letzte Bemerkung, die ich an der Stelle hinsichtlich der Nachnutzung in Karlshorst machen würde: Wir haben im Ausschuss dem Bezirk Lichtenberg immer die Hand gereicht und gesagt, wenn er das Campus, als Schulstandort von der Kita bis zum Gymnasium, nutzen will, dann soll er das tun. Wenn er aber – es gibt auch im Bezirksamt Lichtenberg und den BVV-Fraktionen unterschiedliche Auffassungen – der Meinung ist, er will es nicht oder nur teilweise nutzen, dann stehen auch andere Institutionen vor der Tür. Die HWR sei genannt, die in Alt-Friedrichsfelde aus allen Nähten platzt und mit Kusshand einen Teil der Gebäude nehmen würde. Da sind wir hochschulpolitisch sicherlich auch nicht traurig, wenn das passieren würde. Ich sage nur, dass der Bezirk Lichtenberg irgendwann zu Potte kommen, springen und sagen muss, was er möchte und was er nicht nutzen möchte. Das ist eine Entscheidung des Bezirksamts, die wir nicht zu bewerten haben, aber wenn der Bezirk Lichtenberg zu dem Ergebnis kommt, dass er es doch nicht will – was ich schade fände, aber akzeptieren müsste –, dann stehen andere wie die HWR auf der Matte und werden das nutzen wollen. Das ist insofern, wie Herr Busch sagt, eine gute Perspektive, weil auf jeden Fall eine sinnvolle Nachnutzung gewährleistet ist. –Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Danke schön! – Dann ist jetzt Frau Pieroth an der Reihe.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Herr Förster spricht so schnell und so gründlich, dass ich fast nichts mehr hinzuzufügen habe. Ich wollte aber noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns von grüner Seite in der letzten Legislatur sehr dafür eingesetzt haben, dass es überhaupt zu diesem Beschluss kam, der zu dem Zeitpunkt null finanziell hinterlegt war. Da sind wir ein ganzes Stück weiter. Wir haben uns schon Anfang der 2000er-Jahre dieses Zusammenziehen im Südosten, wie Herr Schulze richtig gesagt hat, als Pendant der Siemensstadt etc. im Nordwesten der Stadt vorgestellt. Ich finde, Herr Igel, das, was Sie mit den Ausgründungen vor Ort beschrieben haben, ist Wissenschaftstransfer, genau so soll es laufen. Es ist auch ein starkes Bekenntnis zur Fachhochschullandschaft. Es ergibt alles viel Sinn. Wir haben uns damals schon vorgestellt, wie direkt an der Spree – es ist wirklich eine Toplage – vielleicht Solarwassertaxis ankommen, und ähnliche Geschichten könnte man innovativ auch noch verfolgen. Nur: Wie sieht es mit den Finanzen aus? Da würde ich Sie im Sinne von Herrn Förster noch einmal bitten, dass Sie das auf den Tisch legen, damit nicht immer utopische Zahlen die Umsetzbarkeit nicht möglich erscheinen lassen, damit wir alle über das Gleiche

che sprechen. Wir sollten wirklich noch einmal schauen, ob wir im Bereich Bundesmittel noch mehr schaffen. – Danke!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Herr Trefzer, bitte!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! In der Tat haben Herr Förster und Herr Schulze die meisten Punkte schon vorweggenommen. Wir finden es auch erfreulich, wie es in Schöneweide vorangeht. Es ist eine echte Win-win-Situation für den Bezirk und die HTW. Das kann man alles nur fördern und unterstützen.

Zu den Gesamtkosten noch einmal die Frage: Herr Krach hatte hier einmal, ich glaube, es war 2019, Pi mal Daumen 200 bis 250 Millionen Euro genannt. Wie ist da der aktuelle Stand? – Zum Thema Mieten: Herr Busch, Sie hatten 2019 hier im Ausschuss gesagt, die Mieten steigen, vielleicht wird sich die Stadt den Umzug gar nicht mehr leisten können. Deswegen die Frage: Wie hat sich der Anteil der Flächen, die gemietet werden sollen, geändert? Gab es da eine Veränderung? Wurden schon Mietverträge abgeschlossen, und wie haben sich die Mietkosten entwickelt? Das würde mich interessieren.

An den Bezirksbürgermeister die Frage zur Infrastruktur – Herr Schulze hat das schon angesprochen –: Das studentische Wohnen ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt auch für den Bezirk. Mich würde aber auch die verkehrliche Anbindung interessieren, Stichwort Wilhelminenhofbrücke. Ich glaube, es ist wirklich wichtig, dass die HTW direkter an die Ausfallstraße zum Flughafen angebunden wird. Wie ist da der Stand der Dinge, und wann ist mit einer Realisierung zu rechnen? – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke! – Dann ist Herr Grasse an der Reihe.

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die beiden Anzuhörenden für ihr Kommen und insbesondere an Herrn Prof. Busch für die sehr gute Entwicklung der HTW in den letzten Jahren! Das kann hier an dieser Stelle auch einmal gewürdigt werden. – [Beifall] – Die Vorredner haben schon vieles angeschnitten. Soweit will ich das nicht wiederholen, sondern mich auf drei kurze Fragen an den Senat, an Herrn Prof. Busch und an Herrn Igel beschränken.

An den Senat geht die Frage: Das Innovations- und Technologiezentrum steht im Koalitionsvertrag. Angesichts der Finanzlage stellt sich die Frage, ob das überhaupt umsetzbar ist oder ob hier absehbar ist, dass es in dieser Legislaturperiode nichts wird. Da hätte ich gerne eine Einschätzung vonseiten des Senats.

An Herrn Prof. Busch die Frage: Welche Auswirkungen hat das für Unternehmen und Gründer in Oberschöneweide, wenn die HTW das Technologie- und Gründerzentrum übernimmt, um dort einzuziehen?

An den Bezirksbürgermeister die Frage: Welche Nachnutzungen sind für den Campus Treskowallee vorgesehen? Wird das Gelände über Jahre hinweg teilweise leer stehen, bis die HTW komplett weg ist? Welche Rolle könnte die HWR, die dort in der Nähe einen Standort hat, bei Nachnutzungskonzepten spielen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Danke! – Dann ist Frau Dr. Czyborra an der Reihe und danach noch Herr Wolf. – Frau Dr. Czyborra!

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vielen Dank! – Ich möchte nur einmal sagen, dass ich diese Thematik nicht ganz so lange kenne wie der Herr Schulze, weil ich nicht im AStA an der FHTW war, aber in den letzten zehn Jahren doch sehr ausführlich begleitet habe. Ich wollte hervorheben, wie vorbildlich ich an dieser Stelle sowohl das Engagement der HTW finde. Schon der Vorgängerpräsident Herr Semlinger hatte sich da ins Zeug gelegt, und jetzt wird es mit aller Kraft vorangetrieben und mit Planungen unterlegt. Bezirk und Hochschule arbeiten hier, glaube ich, vorbildlich zusammen und ziehen an einem Strang. Das ist immer sehr erfreulich, wenn das passiert, wenn man tatsächlich derart intensiv an einem Strang zieht. Ich freue mich immer besonders über die Entwicklung am Standort als altes AEG-Kind. Ich sage das gerne, dass ich mit Geld von der AEG großgezogen worden bin und deswegen zu der Architektur und diesem Standort eine enge Verbindung habe und mich freue.

Was Herr Schulze erwähnt hat, dieses Gleichgewicht der alten Industriestandorte in Berlin, auf der einen Seite Oberschöneweide, auf der anderen Seite die Siemensstadt: Es ist wunderbar, wenn die belebt werden, wenn dort wieder Wirtschaftstätigkeit entsteht, wenn dort genau dieser Transfer an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft stattfindet. Ich muss allerdings ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Am Standort Siemensstadt haben wir gerade das Problem, dass die Mieten so erhöht werden, dass die HWR mit ihren Gründungsaktivitäten ausziehen muss. Da müssen wir schauen, dass bei solchen Projekten zwischen öffentlicher Hand, die die Infrastruktur bereitstellt, die Hochschulen hat, die diese Gründungsaktivitäten vorantreibt, und denen, die das nur als Immobilienprojekt sehen, keine totale Schiefelage entsteht. Da glaube ich allerdings, dass wir in Oberschöneweide wissen, dass so etwas passieren kann, das gut im Blick haben und dadurch zu verhindern wissen, dass wir zwar Kooperationen eingehen, das aber so ausgestalten, dass am Ende dem öffentlichen Interesse ausreichend Bedeutung zukommt.

Insofern wollte ich nur einmal danke für all das Engagement sagen. Wir haben diese Grundsatzbeschlüsse gefällt, allerdings sind Grundsatzbeschlüsse nicht so viel wert, wenn am Ende lange Zeit wenig passiert. Wir haben gehofft, dass wir zu diesem Zeitpunkt mit dem Ankauffonds beim Ankauf von Flächen schon weiter wären. Das ist teilweise unserer eigenen Langsamkeit in unseren politischen Entscheidungsprozessen geschuldet. Ich hoffe, dass wir diesen Grundsatzbeschlüssen als Land Berlin insofern Rechnung tragen, dass wir alles dafür tun, dass diese Planungen zu einem erfolgreichen Abschluss kommen und dort Studienplätze und vor allem auch der für die wirtschaftliche Zukunft Berlins so wichtige Transfer bestmöglich umgesetzt werden kann. Insofern von mir keine Fragen, sondern einfach nur danke!

Vorsitzende Franziska Brychey: Danke schön! – Herr Wolf!

Christian Wolf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für die Impulse heute! Als Lichtenberger Abgeordneter und neu im Abgeordnetenhaus bin ich zwar mit dem Vorgang vertraut, habe aber auch ein weinendes Auge, wenn der Standort Lichtenberg verlassen wird. Umso erfreulicher ist es, dass an der Treskowallee ein guter baulicher Zustand herrscht und anderweitige Nutzungen schnell möglich sind, wenn Sie einen Teilauszug machen. Trotzdem ist mir aus dem Bezirk Lichtenberg nicht bekannt, dass es ein Nutzungskonzept gibt, jedenfalls kein konsistentes. Es gibt immer mal wieder Diskussionen:

HWR oder andere Nutzungen, Kita, Grundschule, weiterführende Schule, eine Ansiedlung einer privaten Hochschule wäre auch möglich, da gibt es auch Flächenbedarfe. Dazu hätte ich ganz gerne eine kurze Ausführung, wie der Stand mit dem Bezirk Lichtenberg ist und ob man ihn zum Erfolg tragen und im Bezirk noch etwas aktiver werden muss.

Dann hätte ich eine Frage an den Bezirksbürgermeister Igel, wie es mit den Flächen für Gründer und Gründerinnen im Bezirk aussieht. Gibt es irgendwelche Ersatzflächen, wenn die Flächen für die Hochschule erhöht und die Flächen für Gründer reduziert werden, oder war das gar nicht mehr so nachgefragt, dass man Ersatzflächen schaffen muss?

Dann wäre die Frage, ob das Programm „GRW – Infrastruktur“ zur Finanzierung der ganzen Geschichte genutzt werden kann oder wird – immerhin 90 Prozent Zuschuss hälftig vom Bund und vom Land, was schon einen Großteil der Finanzierung darstellen könnte. Wer ist dann der Antragsteller? Übernimmt der Bezirk, die Hochschule oder das Land Berlin die Antragstellung? Das wäre es schon mit meinen Fragen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Danke schön! – Dann gebe ich der Frau Senatorin das Wort, und danach haben Sie die Möglichkeit, auf die ganzen Fragen und Statements zu antworten. – Frau Senatorin!

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG): Vielen Dank! – Vielen Dank auch an Sie, liebe Abgeordnete, das Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Es ist schön, diesen sehr konstruktiven Diskussionen rund um die Hochschule und ihre Entwicklung hier als Senatorin folgen zu können. Das sage ich ganz ausdrücklich. Das macht mir wirklich Freude. Vielen Dank, insbesondere auch an die Anzuhörenden, an die Hochschule, die schon seit vielen Jahren dieses Anliegen Ein-Campus-Standort sehr konstruktiv, mit viel Energie und immer wieder mit frischer Kreativität verfolgt! Das finden wir in der Wissenschaftsverwaltung richtig gut. Vielen Dank ausdrücklich auch an den Bezirk, Herr Bezirksbürgermeister, für Ihr Engagement, hier mitanzutreiben und zu unterstützen, auch mit dem Grundstück und weiteren guten Ideen! Dass sich der Bezirk so einbringt, ist nicht selbstverständlich. Das ist wirklich sehr gut. Ich glaube, da können wir mit allem, was hier schon gesagt wurde, diesen Weg auch gut voranschreiten.

Wir unterstützen ganz ausdrücklich nach wie vor die Ein-Campus-Strategie. Wir wissen alle, dass es mit den Finanzen in den nächsten Jahren, was die Investitionen und gerade neue Projekte angeht, sehr schwierig ist. Insbesondere, wenn solche Summen wie 250 Millionen Euro im Raum stehen. Insofern ist es genau richtig, zu schauen, was wir in einer gewissen Schrittmöglichkeit abschichten können, ohne das Gesamtprojekt aus dem Auge zu verlieren. Da finde ich, liegen sehr gute Vorschläge auf dem Tisch, die wir schon häufiger gemeinsam erörtert haben – entweder auf der Arbeitsebene mit der Staatssekretärin oder wie letzte Woche im Kuratorium. Ich finde, es ist sehr gut im Gespräch und im Werden. Ich finde es sehr interessant, diesen Weg zu gehen, mit den einzelnen Bausteinen zu beginnen und zu schauen, wie wir die in absehbarer Zeit umsetzen und finanzieren können. Das bleibt ein Kraftakt, das wissen wir, aber ich denke, dass es der richtige Weg ist, dieses Projekt mit dem, was Sie heute vorgestellt haben in die nächste Investitionsplanung – I-Planung – miteinzubringen – das auch als Antwort auf die Frage aus den Reihen der Abgeordneten, wie das finanziert werden soll.

Die I-Planung 2023 bis 2027 wäre der erste Schritt. Sie haben schon viele Unterlagen eingereicht, sind mit der Verwaltung in einem engen Austausch, wenn da noch etwas kommen muss. Dann würden wir seitens der Wissenschaftsverwaltung in den Blick nehmen, eine neue Senatsvorlage zu machen, die diese aktualisierte Planung noch einmal bekräftigt. Ich glaube, das wäre wichtig, dass sich der Senat als Ganzes noch einmal damit beschäftigt, das aktualisiert und hoffentlich zustimmend zur Kenntnis nimmt. In diese Vorbereitung würden wir jetzt gerne gehen. Es sind schon weitere Gesprächsrunden mit der Staatssekretärin und verschiedenen Aktiven in diesem Bereich angedacht. Da bin ich hoffnungsfroh, dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen können.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke schön, Frau Senatorin! – Jetzt hätten Sie die Möglichkeit, zu antworten. Zuerst wäre Herr Prof. Dr. Busch an der Reihe und dann Herr Igel. Ist das okay? – Ja! Herr Prof. Dr. Busch!

Dr. Carsten Busch (Präsident HTW Berlin): Erst einmal ganz herzlichen Dank! – Sie sehen mich ein bisschen rot geworden angesichts des Lobs und gewisser Aussichten, die ich von der Senatorin höre, die doch hoffen lassen, trotz allem mal der Versuch, so viele Fragen wie möglich zu beantworten, damit wir hier auch konkret werden. Ich fange mit einem Thema an, das eher nach hinten gestellt wird und womit wir als Hochschule eigentlich gar nicht so viel zu tun haben, nämlich die Frage, was der Bezirk Lichtenberg damit macht. Wir wissen alle, dass Lichtenberg früher sehr großen Wert drauf gelegt hat – und immer noch legt –, dass wir eigentlich da bleiben. Man wünscht sich das schon, wir sind da nicht ungewollt. Der Unterschied zu vor 10, 15 Jahren ist schlicht und einfach, glaube ich, eine stadtpolitische Entwicklung. Der Teil der Treskowallee, wo wir sitzen, ist fast ein Teil des Stadtzentrums, das drückt rein, und wir haben verschiedene Bedarfe im Bezirk.

Ich habe ein Schreiben des Bezirksbürgermeisters Grunst, Partei Die Linke, vorliegen, in dem er zum Ausdruck bringt, dass aus Sicht des Bezirks ganz klar ist, dass das weiterhin ein Bildungsstandort sein soll. Nicht, dass es nicht noch andere Möglichkeiten gäbe, aber das scheint sich anzubieten. Es ist auch vor uns schon ein Bildungsstandort gewesen. Wenn ich das richtig im Kopf habe, ist dort früher ein sogenanntes Lyzeum gewesen. Wenn man das konkretisiert, nennt Herr Bürgermeister Grunst im Wesentlichen die beiden Punkte, die hier schon in der Diskussion waren, erstens die Hochschule für Wirtschaft und Recht. Da wir auch mit Wirtschaftswissenschaften dort drin sind, kann man sagen, dass das passen könnte, wenn man inhaltlich einfach nur switcht. Wir müssten nicht viel umbauen. Das Zweite ist tatsächlich auch Schule. Hier hat der Bezirk offensichtlich Vorstellungen.

Seitens der Hochschule haben wir sowohl hier als auch gegenüber dem Bezirk und der Schulverwaltung immer deutlich gemacht, dass wir keine verbrannte Erde hinterlassen möchten. Wir sind, auch wenn wir gehen, dafür verantwortlich, dass sich dort etwas Vernünftiges tut. Dazu fühlen wir uns in der Lage und in der Pflicht und werden das auch konkret erfüllen. Das heißt, wenn es egal welche Nachnutzung gibt, werden wir uns an den Planungen beteiligen, sofern man uns hören möchte und wir Sachverstand beitragen können. Wir werden durch ein Phasenmodell möglich machen, dass früh Sachen reingehen und nicht lange gewartet werden muss – ich glaube, das war auch eine andere Frage –, sodass hier fließende Übergänge möglich sind. Man kann sich auch ein gemeinsames Institut mit der HWR vorstellen; wir arbeiten ohnehin an vielen Stellen eng zusammen. Das ist auch alles möglich. Wenn das gewünscht ist, werden wir dazu unseren Beitrag leisten. Mehr können wir aber auch nicht, weil dann an-

dere die Federführung übernehmen, und es wäre nicht korrekt, wenn wir versuchen, dem Bezirk Vorschriften zu machen. Das wäre das von hinten.

Dann springe ich ganz nach vorne, die Frage mit dem Geld. Ich habe sie selbst in den Raum geworfen und bewusst erst einmal nur als eine Zahl, die alle erschreckt, reingebracht. Wenn wir konkret werden, dann sind drei Zahlen zu nennen, weil wir über drei Schritte sprechen. Erstens: TGS-Übernahme. Da sind wir uns einig, dass das ohne finanzielle Belastung für das Land oder irgendwen passieren kann. Natürlich werden wir bei uns ein bisschen umbauen, aber das ist unsere Sache, die wir intern machen. Frau Senatorin, ich hoffe, Sie sind nicht böse, wenn ich jetzt nicht ankündige, dass ich bei Ihnen bin und Geld für den Umbau haben möchte. Das werden wir anders lösen.

Zweitens: Was uns die Sache erleichtern wird, ist, dass wir im Moment noch mit 1 000 Studierenden gegenüber auf dem Peter-Behrens-Gelände sind, das derzeit von der Deutsche Immobilien Entwicklungs AG besessen wird. Mit denen kooperieren wir sehr gut, aber wir sind uns einig, dass die Zeit, dass wir dort Anmietungen machen, ein Ende haben sollte. Es gab die Frage nach der Entwicklung der Mieten. Die haben ziemlich viel investiert, wollen noch mehr investieren und werden demnächst andere Mieten haben wollen, als wir uns mit Steuergeld leisten können. Insofern werden wir die 1 000 Studierenden dort sehr friedlich, ohne dass es großen Aufwand geben muss, aus dem Peter-Behrens-Haus auf die andere Straßenseite in das TGS rübergeben können. Das werden wir sogar ohne, dass wir weitere Flächen vom Bezirk bekommen, leisten können, aber wenn wir weitere bekommen, so wie es vereinbart ist, wird das die Sache sicherlich erleichtern. Das sind die Studiengänge Wirtschaftsingenieurwesen und Wirtschaftsmathematik. Das ist der Teil, was das angeht – TGS: keine zusätzlichen Steuermittel.

Dann haben wir das Thema ITZ 4.0. Das soll ein Neubau werden, und der wird Geld kosten. Wenn wir ihn so bauen, wie derzeit in der Machbarkeitsstudie vorgesehen und durch Vermittlung der Senatswirtschaftsverwaltung in einer Machbarkeitsstudie aufgeführt, dann läuft das darauf hinaus, dass die eine Hälfte mit GRW-Mitteln finanziert werden könnte. Hierzu hat sich die damalige Staatssekretärin für Wirtschaft, Frau Dreher, schon einmal öffentlich geäußert. Diese Mittel sind grundsätzlich verfügbar und für dieses Vorhaben auch brauchbar. Das könnte man machen; die Hälfte des Gebäudes wäre mit GRW-Mitteln machbar. Das heißt, hier im Landeshaushalt Berlin gäbe es keine zusätzliche Belastung oder eine sehr geringe bezogen auf die Hälfte der Summe. Die Gesamtsumme, über die man redet, wenn ich das richtig im Kopf habe, ist irgendetwas zwischen 50 und 60 Millionen Euro, das hängt ein bisschen davon ab, und wir wissen, die Preise explodieren gerade ein bisschen. Je schneller man das auf den Weg bringt, desto günstiger wird es – um das einmal ganz klar festzuhalten. Das wissen aber auch alle. Wenn die Hälfte von anderer Seite auf den Tisch liegt, dann brauchen wir seitens der Hochschule und des Landeshaushalts, sagen wir mal, bis zu 30 Millionen Euro. Ich habe intern eine Zahl meines Kanzlers vorliegen, die 27 Komma irgendwas bedeutet. Wenn wir die nehmen, dann weiß ich, dass das eine ernst zu nehmende Summe ist, wir wissen aber auch, dass das keine Viertelmilliarde ist.

Jetzt kommt noch einmal das Angebot seitens der Hochschule: Wir schwimmen auch nicht gerade im Geld, dafür sorgen verschiedene Leute, und trotzdem ist uns die Sache so viel wert, ähnlich wie dem Bezirk, dass wir sagen, wir würden – wenn uns das erlaubt und in Aussicht gestellt wird, dass das Ganze kommt; das braucht das Commitment, das die Senatorin dankenswerterweise angedeutet hat, dann wird es für uns vorstellbar – mit der Finanzierung in die Vorhand gehen, sodass wir genau in den ein bis zwei oder drei Jahren, in denen das Land sehr stark belastet ist, zusammen mit dem Geld, das wir in die Vorhand reingeben, plus den GRW-Mitteln, die das Land auch nicht belasten, eigentlich loslegen können und man dann im Laufe der Zeit, während man eigentlich schon plant und baut, quasi mit den Landesmitteln in der Investitionszeit nachschießt. Damit haben wir ein Modell, das uns ermöglicht, eine Gesamtsumme von 60 Millionen Euro mit einer Belastung des Landeshaushalts von 30 Millionen Euro zu realisieren, und das dadurch gängig gemacht, dass die Hochschule selbst Engagement zeigt. Ich kann das nur verantworten, und Sie dürften das, glaube ich, als Mitglied des Kuratoriums auch nur befürworten, Frau Senatorin, wenn wir beide wissen, dass der Senat irgendwann nachschießt. Sonst bauen wir eine Ruine, die nicht fertig wird. Wenn wir diesen Schritt gemeinsam gehen, wäre alles möglich. Wir könnten sehr schnell gehen. Dazu kommt, dass die GRW-Mittel mit einem Zeitstempel versehen sind und irgendwann wegfallen. Wir müssen eigentlich relativ schnell vorangehen, aber das wäre eigentlich eher eine Aufgabe seitens der Senatswirtschaftsverwaltung, das noch einmal darzustellen. Das ist aber das, was wir hören und das, glaube ich, auch in den Gesprächen, die Sie zum Teil untereinander führen, Thema ist. Hier wäre das möglich.

Wir würden, wenn ich das zusammenfasse, ca. 30 000 Quadratmeter für die HTW kriegen können, kostenfreie Übernahme eines Gebäudes vom Bezirk durch die Hochschule, plus Neubau mit irgendwas um die 9 000 bis 10 000 Quadratmeter, aber nur mit einer Belastung des Landeshaushalts mit 30 Millionen Euro. Dann bleibt immer noch ein Brocken übrig. Da bin ich im Moment so, dass ich da angesichts der Finanzlage etwas vorsichtig bin und sage, da müssen wir vielleicht entweder ein bisschen Zeit ins Land gehen lassen, also lange nach vorne planen, oder kreativ sein, weil wir dort noch eine Aufgabe von 8 000 bis 10 000 Quadratmetern haben. Das kostet schon noch einmal Geld, aber keine 250 Millionen Euro, wenn man nicht zu lange wartet.

Hier würde ich aufgreifen – ich glaube, es war überraschenderweise ein Stichwort, das von Herrn Schulze von den Linken kam –, dass man eventuell über andere Finanzierungsmodelle nachdenken kann. Ich weiß, dass das ein Thema ist, das schwierig ist. Ich wäre da ehrlich gesagt auch vorsichtig, aber ich darf signalisieren, dass zumindest der Präsident der Hochschule bereit wäre, verschiedene Wege zu gehen und zu prüfen. Wenn wir mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung und sicherlich unter Einbeziehung der Senatsverwaltung für Finanzen einen Weg finden, unter Einbeziehung von privaten Investoren oder Kooperationen Dinge voranzubringen, dann sind wir dafür offen. Wir sind eine Hochschule für angewandte Wissenschaft. Wir haben keine Angst vor der Wirtschaft, ganz im Gegenteil. Wir umarmen sie so lange, bis sie sich freut, dass es Wissenschaft gibt. Das machen wir sehr gerne.

Konkrete Kooperationen – hatten, glaube ich, Sie angefragt –, zwei noch genannt: Das Zuse-Institut, zumindest Frau Czyborra wird es sehr gut kennen, aber andere auch, mit dem wir bei einer gemeinsamen Professuren schon seit Jahren sehr erfolgreich kooperieren, hat Interesse, ein größeres Hochleistungsrechenzentrum bei uns zu bauen. Das wäre räumlich für Ost-

Berlin, aber auch insgesamt nutzbar. Die würden wir gerne bei uns mit reinnehmen, die brauchen auch nicht viel Platz. Die brauchen nur Technik und Kühlung, und das haben wir gemeinsam.

Die Zweite: Wir sind unter anderem auch mit Fraunhofer zu gemeinsamen Professuren im Gespräch. Auch Fraunhofer wäre – ich habe erst letzte Woche mit dem Leiter des Fraunhofer FOKUS-Instituts in Berlin darüber gesprochen – nicht uninteressiert, im Zuge des Ganzen weitere Flächen bei uns zu bekommen – nicht auf Kosten unserer Umzugspläne, sondern als Ergänzung des Ganzen. Wenn wir das machen dürfen, was hier im Raum steht, für wie gesagt deutlich weniger Geld als es ursprünglich mal hieß und mit deutlich weniger Belastung als irgendwie vorstellbar für den Landeshaushalt, dann macht nicht nur die HTW einen Sprung sondern einige andere Institute würden das Ganze noch verstärken.

Dann bleibt eigentlich nur – fast schon als Übergabe an Herrn Igel – das Thema studentisches Wohnen. Die Berlinovo hat unter anderem verschiedene Wohnungen direkt in Sichtweite gemacht. Direkt neben dem TGS werden gerade Wohnungen für Studierende gebaut. Die Regierende Bürgermeisterin, Berlinovo, die Staatssekretärin für Finanzen und ich waren bei dem Event mit Grundsteinlegung und Ähnlichem dabei. Das sieht gut aus. Ein anderes Objekt haben die schon fertig, auch nicht weit weg. Dort sind schon Studierende von uns drin. Ja, da ist noch mehr zu tun. 10 000 Studis ist ein Hieb. So viel schafft Berlinovo nicht alleine und andere auch nicht, aber auch hier ist eine positive Entwicklung, und wir sollten sie gemeinsam verstärken. Wenn wir als Hochschule etwas dazu tun können, werden wir das tun.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann wäre Herr Igel an der Reihe!

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen herzlichen Dank! – Ich gehe in der Reihenfolge der Fragesteller vor. Herr Schulze hat zur Rolle als zentraler Hochschulstandort gefragt: Die HTW hat sich bereits in den vergangenen Jahren mehr als zuvor mit den Nachbarinnen und Nachbarn abgestimmt und eingebracht. Dazu gehört insbesondere die WISTA, dazu gehören aber auch andere Projekte, die in der Entwicklung sind, beispielsweise die Entwicklung rund um die Rathenau-Hallen, und auch das, was darüber hinaus an Wirtschaftsaktivitäten in der Nähe passiert. Ich gehe davon aus, dass diese Punkte, die Zusammenarbeit mit der WISTA und eine Zusammenarbeit in der wirtschaftlichen Entwicklung rund um die Achse des Flughafens und Tesla – Sie haben das erwähnt –, mit dieser Verstärkung als Hochschulstandort weiter intensiviert werden können.

Zum studentischen Wohnen muss man an der Stelle sagen, dass das studentische Wohnen bereits in der Vergangenheit zu einer Belebung in Oberschöneweide geführt hat. Es sind schon vor mehr als zehn Jahren Projekte gestartet worden. Die Transformatorenfabrik und die ehemalige Poliklinik sind zu studentischem Wohnen umgebaut worden, weitere folgten. In der Tat, das gerade von Herrn Busch erwähnte Projekt der Berlinovo ist das derzeit größte, was in der Mache ist. 1 200 Wohnungen entstehen alleine durch die landeseigene Berlinovo an zwei Standorten in der Plönzeile und der Ostendstraße. Weitere Projekte sind bereits in Planung von verschiedenen Trägern, sodass ich davon ausgehe, dass das nicht das große Problem werden wird. Auch wenn ich es mir wünsche, weiß ich, dass nicht jeder Student, nicht jede Studentin am Standort wohnen will, aber es wird ein großes Angebot geben, gerade für studentisches Wohnen.

Herr Förster fragte zu den weiteren Schritten der Übergabe des TGS. Wir als Bezirk haben im Moment keine Fragen zu beantworten, keine Hausaufgaben zu erledigen. Die Zustimmung zur Übernahme in das Fachvermögen ist durch die zuständige Senatsverwaltung zu erklären. Da sind meines Wissens noch Prüfschritte zu absolvieren. Ich bin aber optimistisch, dass das auch gelingen wird. Sollte es noch Rückfragen an den Bezirk geben, werden wir das auch kurzfristig erledigen. Mir sind aber aktuell keine bekannt.

Herr Trefzer fragte zur verkehrlichen Anbindung: Es bleibt unsere Forderung, die Wilhelminenhofbrücke zu realisieren. Das ist auch im Gesamtkontext der weiteren Entwicklungen nötig – das Behrensufer ist erwähnt worden, die Rathenau-Hallen, die in der Entwicklung sind, jetzt neu soll das ehemalige Kulturhaus, was lange leer stand, ebenfalls belebt werden –, die zu einer Verkehrszunahme führen werden. Es ist extra für die HTW ein zweites Gleis für die Straßenbahn errichtet worden. Es wäre schön gewesen, wenn das noch ein bisschen verlängert worden wäre, zum Beispiel zum Stadion an der Alten Försterei. Damit ist aber eine verkehrliche Entlastungsmaßnahme bereits absolviert worden. Man kann sich durchaus vorstellen, dass die Straßenbahnverbindungen noch einmal jenseits der Verbindung zum S-Bahnhof Schöneweide vielleicht in eine andere Richtung erweitert werden, beispielsweise in Richtung Blockdammweg, um die Anbindung zum Ostkreuz zu finden. Da gäbe es technisch auf jeden Fall Möglichkeiten, und die müssten bei den verkehrspolitischen Fragen durchaus berücksichtigt werden, einerseits die Wilhelminenhofbrücke, andererseits eine Stärkung des Straßenbahnverkehrs. Man muss dazu sagen, dass die Errichtung des Kaiserstegs vor 15 Jahren ebenfalls die Anbindung zur HTW wesentlich verbessert hat; das darf man auch nicht verschweigen.

Herr Grasse! Sie fragten zur Nachnutzung des Campus Treskowallee. Das haben die Kollegen schon beantwortet, aber ich will die Gelegenheit zur Auflockerung nutzen. Ich habe da nichts zu sagen, das ist schon Hoheitsgebiet des Kollegen Grunst. Ich würde da gerne etwas sagen, so ist es nicht. Herr Grunst liegt mir auch regelmäßig in den Ohren, dass er gerne einen Gebietsaustausch machen würde. Er möchte gerne das Stadion an der Alten Försterei. Er hat mir bisher nichts geboten. Ich würde auch beim Campus Treskowallee trotzdem nicht schwach werden, um ihm das Stadion zu geben, aber ich würde es genauso machen wie der Kollege Grunst. Das sollte ein Bildungsstandort bleiben. Wenn es ein Oberschulstandort ist, dann nutzt es sowohl Lichtenberg als auch Treptow-Köpenick.

Herr Wolf! Sie fragten zu Flächen für Gründer und Gründerinnen im Bezirk. In der Tat wird zwar die Quadratmeterzahl im TGS reduziert, aber wir dürfen das nicht losgelöst von anderen Gründungsmöglichkeiten in der unmittelbaren Umgebung sehen. Da will ich die WISTA in Adlershof nennen, die sich auch immer weiter erweitert, bis dazu, dass die WISTA schon in Johannisthal auf dem Gebiet der „Gleislinsen“ ankommt. Noch wichtiger ist in unmittelbarer Nähe der Innovationspark Wuhlheide. Dort möchten wir ebenfalls weitere Bautätigkeiten unternehmen, um diesen Innovationspark erweitern zu können. Damit werden sich neue Möglichkeiten für Gründer und Gründerinnen ergeben. Es wird eine positive Bilanz der Gründungsflächen im Bezirk sein, wenn die HTW komplett an die Spree zieht.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, und wir wären am Schluss der Anhörung. Ich will Ihnen beiden im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie heute hier waren und uns zur Zukunft der HTW berichtet haben. Vielen Dank! – Herr Prof. Dr. Busch bleibt noch für die nachfolgende Anhörung.

Dann ist die Frage, wie wir mit dem Besprechungspunkt umgehen. Soll er abgeschlossen werden, Herr Förster?

Stefan Förster (FDP): Das können wir tun. Wir werden uns regelmäßig auf dem Laufenden halten lassen, aber heute gehen wir mit einer positiven Gesamttendenz raus.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Dann verfahren wir so. – Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Tag! Herr Bezirksbürgermeister Igel, vielen Dank, dass Sie da waren!

Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Wie gut ist die Berliner Wissenschaft auf die
Energiekrise vorbereitet?**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0046](#)

WissForsch

Hierzu: Anhörung

Dazu haben wir als Anzuhörende Herrn Prof. Dr. Busch, Präsident der HTW Berlin, Frau Astrid Lurati, Vorstand Finanzen und Infrastruktur der Charité – Universitätsmedizin Berlin, und Herrn Andreas Wanke, Leiter der Stabsstelle Nachhaltigkeit und Energie der FU Berlin. Wir haben die Situation, dass Frau Prof. Dr. Rauch, die Präsidentin der TU Berlin, erst um 11.10 Uhr zugeschaltet ist. Wenn das mit den Eingangsstatements so klappt, müsste das passen, nur das sie dann leider nicht die vorangegangenen Eingangsstatements mitbekommt. Ich denke aber, wir werden das trotzdem organisatorisch hinbekommen. Bei Ihnen drei Anwesenden stelle ich kurz fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit den Live-Übertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen einverstanden sind. – Wunderbar! Dann verfahren wir so. Ich gehe davon aus, dass auch zu diesem Tagesordnungspunkt die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. Möchte ein Vertreter oder eine Vertreterin der Koalitionsfraktionen den Besprechungsbedarf begründen? – Ja, Herr Abgeordneter Schulze, Sie haben das Wort.

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Vielleicht nur ganz kurz zu Beginn: Alle öffentlichen Einrichtungen haben gerade große Probleme, ihre Energiekosten zu planen und für die Zukunft in irgendeiner Form in ihre Finanzierung einzubauen. Das trifft auch für unsere öffentlichen Hochschulen zu, die über die Hochschulverträge ein besonderes Finanzierungsinstrument haben, was die Debatte nicht unbedingt leichter macht. Wir sind sehr daran interessiert zu erfahren, was Sie einerseits intern diskutieren, wie es mit Einsparungen in Ihren Bereichen aussieht, und andererseits an der Frage, wie es mit der Finanzierung für steigende Energiekosten in Zukunft aussieht und was das Land da tun kann und tun muss. – So weit in aller Kürze, wir kommen gleich in die Diskussion. Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Eingangs hat sich der Senat zu Wort gemeldet. – Frau Staatssekretärin Naghipour!

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG): Um das einzubetten, was seitens des Senats erfolgt ist, und um auf die Punkte vorzubereiten, die sicherlich gleich von Ihrer Seite genannt werden: Wir haben eingebracht, dass sich der Senat in seiner Sitzung am 16. August 2022 mit Energiesparmaßnahmen befasst und diese beschlossen hat, die für einen weiten Teil der öffentlichen Verwaltung gelten sollen. Das bedeutet ganz klar, dass die Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und die künstlerischen Hochschulen ihren Energieverbrauch bis zum 31. März 2023 um mindestens 10 Prozent drosseln müssen. Hinzu treten Maßnahmen zur Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden, die die Bundesregierung am 25. August 2022 auf den Verordnungsweg festgelegt hat, die wiederum bis zum 28. Februar 2023 gelten. Diese gehen über die Landesregelungen, die der Senat beschlossen hat, teilweise sogar noch hinaus. Beispiele sind – das wurde schon in verschiedenen Runden diskutiert – das Absenken der Raumtemperaturen in Gebäuden, Warmwassererzeugung, die abgeschaltet wird, das Reduzieren der Außenbeleuchtung und das Prüfen der Nacht- und Wochenendabschaltung. Wie die Abfrage unseres Hauses ergeben hat, prüfen – und ich nehme an, Herr Prof. Busch wird sich dazu auch gleich äußern; wir haben in der vorletzten Taskforce schon einmal darüber gesprochen – die Hochschulen weitergehende Maßnahmen, wie angepasste Nutzungszeiten und einiges, was dabei helfen kann, weiter Energie zu sparen.

Die Hochschulen – und das habe ich eben im Bericht aus dem Senat klargestellt –, die Studierenden und wir – ich habe es auch Ihren Äußerungen an vielen Stellen entnommen – sind uns aber einig, dass wir die Präsenzlehre aufrechterhalten wollen. Wir können es uns nicht leisten, auch das in aller Deutlichkeit, eine weitere Studierendengeneration online zu unterrichten, dadurch viele Talente zu verlieren, die schlicht und ergreifend aufgeben, weil sie nicht in das Studium hineinfließen. Die Erfahrungen haben wir in den vergangenen Semestern in aller Deutlichkeit machen müssen. Das sind enorme psychische Herausforderungen – Ich schalte mich dazu auch regelmäßig mit der LAK [phonet.] zusammen – von Personen, die auf sich alleine gestellt sind, ihre Abschlüsse nicht punktgenau erreichen usw. usf. Wir wollen auch Mensen und die Hochschulbibliotheken so lange es geht offen lassen. Das, da sind wir uns alle einig, unterstützt die Studierenden bei ihrem Studium und ihrem Leben.

Zu der Frage – das habe ich auch schon vorhin angesprochen –, wie die Hochschulen auf die Energiekrise vorbereitet sind – möchte ich in die Diskussion mit reingeben: Ich würde sagen, den Umständen entsprechend gut. Ich konnte aus dem Gespräch mit den Hochschulen erfahren, dass an einigen Hochschulen schon interne Arbeitsgruppen gebildet wurden, Pläne erarbeitet wurden, wie die Hochschulen ihrer Verantwortung gerecht werden können. Die Maßnahmen, die Bund und Berliner Senat vorgeben, werden alle umgesetzt, werden sogar durch eigene Maßnahmen ergänzt. Mein Eindruck aus der Runde war, dass die Hochschulen davon ausgehen, dass sie sogar mehr als die 10 Prozent Einsparbeitrag werden leisten können. Die HTW – Herr Busch, weil Sie hier noch sitzen – erwartet sogar Einsparungen von über 20 Prozent, so wie ich Sie verstanden haben. Das war jedenfalls der Eindruck, den ich aus der vorletzten Taskforce-Sitzung mitnehmen konnte. Für dieses Engagement will ich an dieser Stelle meinen ausdrücklichen Dank aussprechen und freue mich auf den Austausch. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Wir kommen zur Anhörung. Im Anschluss an Ihre Eingangsstatements – ungefähr fünf Minuten – besteht die Möglichkeit, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Dann würden wir auch mit Herrn Prof. Dr. Busch beginnen. – Herr Prof. Dr. Busch, Sie haben das Wort!

Dr. Carsten Busch (Präsident HTW Berlin): Herzlichen Dank! – Jetzt muss man erst einmal umschalten und das in einem gut geheizten Raum. Ich knüpfe einmal an die Ausführungen der Staatssekretärin, weil wir das immer im Kopf behalten müssen. Wir als Hochschulen sehen – und ich glaube, das gilt derzeit für alle staatlichen Hochschulen – unsere Pflicht und Aufgabe darin, die Hochschulen im Wintersemester offenzuhalten und Präsenz zu ermöglichen. Natürlich sind wir alle vorsichtig, wenn es um das Thema Corona geht. Das haben wir in den letzten 2,5 Jahren gezeigt, dass wir das auch können und dass unsere Mitglieder – egal ob Studierende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch Lehrende – gut mitmachen. Wir sind darauf eingerichtet und spielen verschiedene Szenarien durch, wie wir mit dem Thema Energieeinsparung umgehen. Da gibt es ein paar Szenarien, die uns allen nicht gefallen, aber solange nicht die Situation da ist, dass wir die Worst-Case-Szenarien ziehen müssen – im Moment ist das nicht der Fall –, gilt für uns die Priorität für Präsenz. Die Staatssekretärin hat das sehr deutlich gemacht. Ich möchte zumindest für meine Hochschule ganz klar sagen, dass dieses Primat der Präsenz gilt. Solange wir das irgendwie einrichten können, werden wir das tun.

Es kann als Hochschule nicht unsere Aufgabe sein – die hier auch Anstrengungen zu unternehmen hat und finanzielle Schwierigkeiten haben wird, dazu werden wir sicherlich gleich noch etwas sagen –, diese Schwierigkeiten auf unsere Beschäftigten und unsere Studierenden abzuwälzen und sie nach Hause zu schicken, damit wir sparen und die frieren. Entschuldigung, wenn ich das einmal so klar sage, aber ich glaube, das ist eine Grundhaltung, die wir hier in der Verantwortung für die Studierenden und die Beschäftigten haben sollten. Ich gehe im Moment davon aus, dass das für uns Hochschulen alle gilt, und wir gemeinsam mit der Senatsverwaltung und hoffentlich auch mit Ihrer Hilfe durch das Wintersemester kommen.

Wenn man das klar hat, ergibt sich relativ leicht – zumal uns der Bund mit einer sehr eindeutig formulierten Verordnung die Entscheidung deutlich erleichtert –, dass wir das umsetzen. Da sind Sparvorgaben gegeben und Raumtemperaturen festgelegt, und im Moment gehe ich davon aus, dass das an den meisten Hochschulen umsetzbar ist. Wir reden über 200 000 Studierende, wir reden über 50 000 Beschäftigte und Hunderttausende Quadratmeter an Flächen. Alleine unsere Hochschule – Sie haben das vorhin vielleicht kurz überschlagen – hat zwischen 70 000 und 80 000 Quadratmeter. Da ist nicht an jeder Stelle punktgenau alles zu erreichen, aber das wesentlich Ziel werden wir schaffen und auch überschreiten, auch deswegen überschreiten können, was die Einsparungen angeht, weil wir genau wie viele andere Häuser dieser Stadt den Klimaschutz nicht erst jetzt entdecken.

Völlig überraschend hat die Wissenschaft schon vor ein paar Jahren mitbekommen, dass es einen Klimawandel gibt und wo es gut ist, darauf zu reagieren, und zwar nicht nur durch die Veröffentlichung von Paper, sondern durch die Veränderung der Institution. Unsere Hochschule ist seit Jahren in einem entsprechenden Energieeinsparprozess und einer externen Evaluation und Zertifizierung zu dem Thema. Insofern haben Sie mich zwar einen kleinen Moment mit 20 Prozent erschreckt, Frau Staatssekretärin, aber wenn unsere Technikabteilung sagt, dass es 20 Prozent sind – und von denen kommt die Zahl –, dann stimmt die. Wir werden das schaffen. Ich darf den kleinen Hinweis geben, dass wir in den letzten Jahren – insbesondere in den letzten Coronajahren, als wir niemanden gestört haben – jedes Dach, das wir kriegen konnten, mit Fotovoltaik belegt haben, um unsere Energiekonstellation zu verbessern.

Trotzdem – das müssen wir auch wissen – reicht das noch nicht. Ich glaube, wir haben hier zwei Aufgaben, insbesondere in nächster Zeit und auch künftig, um ein bisschen mehr Spielräume zu bekommen. Das wird an den anderen Hochschule nicht anders sein. Ich glaube, Herr Schulze hat das am Anfang genannt: Das Ganze erwischt uns schon ziemlich hart und wird Mehrkosten verursachen. Alleine für meine Hochschule gehe ich bei schönen Zeiten, bei einem warmen Winter usw., von Mehrkosten von mindestens 2 Millionen Euro, eher 4 Millionen Euro, aus. Einmal kann man so etwas wegstecken. Haha! Das ist auch kein Spaß. Wenn das dauerhaft wird, reden wir über Stellenkürzungen und den Abbau von Studiengängen. Das kann es auch nicht sein. Hier werden wir Hilfe brauchen.

Bei den größeren Häusern der Stadt reden wir über zweistellige Millionenbeträge. Das kommt immer darauf an, wie man das Ganze rechnet. Ich glaube, wenn man uns alle plus die Charité zusammennimmt, sind wir ungefähr bei so etwas wie 70 Millionen Euro pro Jahr, die wir an Energiekosten haben. Wir wissen jetzt schon, dass die verdoppelt sind, und wir haben noch nicht einmal die Steigerungen, die vor uns liegen, vor Augen. Dann sind wir ganz schnell im dreistelligen Bereich. Ich würde hier ungern mit Ihnen über Millionensummen schachern, das ist, glaube ich, nicht der Ort hier, was man sich aber klarmachen muss und wo ich auch verstanden habe, dass die Koalition das Thema auch versteht, ist, dass wir vor erheblichen Mehrbelastungen stehen und dass die Hochschulen Teil des Unterstützungsfonds für ausufernde Energiekosten sein müssen. Welche Summe das auch immer sein mag, jeder Euro wird uns helfen. Wir wissen alle, er wird wahrscheinlich nicht ausreichen, egal wie viel Sie auf den Tisch legen, um das komplett abzudecken – abfedern ja.

Deswegen reden wir nicht über einzelne Summen – jedenfalls ich eher nicht –, sondern darüber, dass wir bitte mit in diesem Programm sind – das wäre uns sehr wichtig, auch zum Schutz der Studierenden und Beschäftigten unserer Häuser – und dass wir uns klar sind, dass egal, was jetzt kommt, es erst einmal nur ein Abschlag sein kann, wo wir im Laufe des nächsten Winters oder des nächsten Jahres schauen müssen, was dann wirklich passiert ist. Keiner von uns, nicht einmal die Wissenschaft, hat genaue Prognosen, wie sich der Energiepreis entwickelt und welche Auswirkungen das hat. Da bitte ich wirklich um Unterstützung und Hilfe. Wir werden, wie gesagt, unseren Teil tun und ich, sobald wir es können, übererfüllen. Ich gehe davon aus, dass die anderen Hochschulen ähnlich unterwegs sind. Ich habe es nur exemplarisch für uns gemacht. Bitte nehmen Sie uns nicht übel, dass wir manchmal versuchen, Klassenbeste zu sein. Das ist an Hochschulen häufiger der Fall.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke schön! – Frau Lurati, dann haben Sie das Wort!

Astrid Lurati (Vorstand Finanzen und Infrastruktur Charité – Universitätsmedizin Berlin): Vielen Dank! – Ganz herzlichen Dank für die Einladung, dass wir die Gelegenheit bekommen, unsere Situation mit Ihnen zu diskutieren und zu besprechen. Ich bin nicht alleine gekommen. An meiner Seite sitzt Herr Batt-Nauerz. Herr Batt-Nauerz ist der Geschäftsbereichsleiter des Geschäftsbereichs Nachhaltigkeit und Infrastruktur der Charité, einen Geschäftsbereich, den ich Anfang letzten Jahres gegründet habe, um das Thema schon vor der eingetretenen Krise in der Charité prominenter zu verankern. Gleichzeitig ist er der Geschäftsführer unserer Servicegesellschaft, die an verschiedenen Bereichen der Energieeinsparung maßgeblich beteiligt ist.

Trotz langfristiger Beschaffungsstrategie muss die Charité in 2023 mit deutlich steigenden Energiepreisen rechnen

- Die **Beschaffung** von **Strom & Gas** erfolgt durch eine langfristige Beschaffungsstrategie mit **breiter Risikostreuung** durch anteilige und frühzeitige Käufe.
 - Durch die Strategie wurde die **Strom- und Gasversorgung** für das **Jahr 2023** bereits vor der Krise in 2021 **sichergestellt**. Es besteht für die Charité eine verhältnismäßig geringe Preissteigerung von dem Jahr 2022 auf 2023:
 - Strom Faktor 1,75 (Preissteigerung am Spotmarkt Faktor 12,7)
 - Gas: Faktor 1,03 (Preissteigerung am Spotmarkt Faktor 12,2)
 - Trotz der langfristigen Beschaffungen wird es **enorme Kostensteigerungen** geben:
 - Fernwärmeversorgung durch Vattenfall über das Land Berlin (Zusatzkosten von ca. 27 Mio. €)
 - Zusatzkosten durch die Gas-Umlage (Zusatzkosten von 3,3 Mio. €)
 - Trotz frühzeitiger Beschaffung von Gas und Strom: **Steigerung der Energiekosten um 76%**
 - Gleichzeitig steigt der Landesbasisfallwert um 3% von 3.838 € auf 3.946 € (aktuelle Planannahme)
- ▶ **Die Charité ist daher auf zusätzliche finanzielle Unterstützung angewiesen.**



Ich will Ihnen kurz einen Überblick über die Ausgangslage geben. Die Charité – Sie wissen es – hat vier Standorte, und wir verbrauchen Energie wie eine Kleinstadt in Deutschland. Damit Sie mal eine Größenordnung vor Augen haben: Wir verbrauchen im Jahr etwa 94 000 Megawattstunden, Fernwärme 120 000 Megawattstunden und Erdgas 144 000 Megawattstunden pro Jahr.

Für unsere Beschaffung haben wir unterschiedliche Strategien. Im Bereich Strom und Gas haben wir in der Vergangenheit eine langfristige Beschaffungsstrategie mit breiter Risikostreuung gehabt und haben immer weit im Voraus Strom und Gas am Stockmarkt eingekauft. Wir sind dabei von der Beratungsgesellschaft Magis beraten worden, die auf diesem Gebiet ausgewiesene Spezialisten hat und deutschlandweit bei Energiebeschaffungen für Unternehmen berät. Wir haben Strom und Gas bereits – für 2022 sowieso, aber auch schon für das Jahr 2023 – in der benötigten Menge beschafft und sichergestellt. Insofern treffen uns die gestiegenen Strom- und Gaspreise für das laufende Jahr und das Jahr 2023 nicht. Das heißt, wir haben unsere Preise bereits kontrahiert. Wenn es allerdings so kommt, wie es der Notfallstufenplan von Herrn Habeck vorsieht, stehen auch unsere kontrahierten Verträge im Risiko. Das heißt, hier könnte die Situation eintreten, dass die bereits kontrahierten Preise noch einmal aufgenommen werden. Wir gehen erst einmal nicht davon aus, aber ich kann sagen, wenn das eintreten sollte, wären wir maximal betroffen. Sie wissen, dass der Strompreisfaktor am Spotmarkt bereits um 12,7 gestiegen ist. Wir hatten in unseren Verträgen eine Preissteigerung von nur 1,75. Beim Gas lag der Faktor der Preissteigerung bei 1,03. Am Spotmarkt beträgt diese aktuell das 12,2-fache.

Wir haben seit einigen Monaten versucht, im Rahmen unserer Beschaffungsstrategie für 2024 Strom zu beschaffen. Wir haben unterschiedliche Orders platziert, aber wir haben keine Angebote bekommen. Wir haben dann unsere Ordermenge in Tranchen geteilt, um eine Chance zu haben, wenigstens Teile zu kontrahieren – auch das ist leider nicht gelungen. Was ich damit sagen will: Es ist keine Überraschung. Im Moment will kein Gas- oder Stromlieferant Preise für weit in die Zukunft hinaus kontrahieren. Das heißt, dass für die Charité ab dem Jahr 2024 mit großer Sicherheit gigantische Preissteigerungen für die beiden Energieformen drohen.

Wir haben, was die Fernwärme betrifft, eine Versorgung durch Vattenfall über den Landesvertrag von Berlin. Vattenfall hat uns vor Kurzem eine Preissteigerung angedroht. Die Menge, die wir benötigen, würde dann zu Zusatzkosten von ungefähr 27 Millionen Euro bereits für das nächste Jahr führen. Wir haben durch die Gasumlage, die wir auch entrichten müssen, einen zusätzlichen Aufwand von 3,3 Millionen Euro. Die Gasumlage für das laufende Jahr verursacht bei uns Mehrkosten in der Größenordnung von einer Million Euro. Das entspricht für Strom und Gas einer Steigerung der Energiekosten um 76 Prozent.

Wie Sie alle wissen, ist die Krankenhausfinanzierung zweigliedrig dual aufgestellt: zum einen durch den Landeszuschuss, den wir vom Land Berlin für Forschung und Lehre erhalten, und zum anderen durch die Krankenversicherung. Hier ist die Währung der sogenannte Landesbasisfallwert, mit dem unsere DRG bewertet werden. Der ist für das Jahr 2023 mit einer Preissteigerung von ungefähr 3 Prozent angesetzt. Das entspricht einer aktuellen Planannahme. Verhandelt wird dieser Preis natürlich erst später. Sie sehen also unschwer, dass hier eine gewaltige Lücke entsteht. Insofern ist es so, dass die Charité entweder auf eine weitere Unterstützung des Landes angewiesen ist, bzw. andernfalls diese Mehrkosten ergebniswirksam ausweisen muss, weil es bei diesen Dimensionen nicht gelingen kann, die Mehrkosten einzusparen. Wir haben leider nicht die Situation, dass wir unsere Preise an die Kunden, in dem Fall an die Patienten und Patientinnen, weiterreichen können, sondern die Mehrkosten bleiben bei der Charité hängen.

Kurz- & mittelfristige Maßnahmen zur Reduzierung des Energiebedarfs und der CO₂-Emissionen

Übersicht der aktuell laufenden Maßnahmen

Kurzfristige Maßnahmen:

1. Austausch von herkömmlichen Leuchtröhren hin zu LEDs
2. Reduktion der Raumtemperaturen in Verwaltungsbereichen sowie Eingangshallen und Fluren
3. Reduktion der Warmwasserversorgung (Verwaltung und Forschung)
4. Steigerung der Eigenverantwortung der Mitarbeitenden durch Kommunikationskampagnen

Mittelfristige Maßnahmen:

1. Automatisierte und zentral gesteuerte Wärmeregulierung
2. Austausch von technischen Anlagen (bspw. Raumluft-, Kältetechnik)
3. Energetische Sanierung zunächst der 40 energieineffizientesten Gebäuden

▶ Es besteht die dringende **Notwendigkeit der Anschubfinanzierung**. Durch die Energiepreisentwicklung ist eine **Refinanzierung** meist in wenigen Jahren realisierbar.



Ich habe Ihnen noch mitgebracht, was wir an Maßnahmen unternommen haben, um den Preissteigerungen entgegenzuwirken. Das ist nur eine kleine Auswahl dessen, was im Geschäftsbereich von Herrn Batt-Nauerz entwickelt worden ist. Wir haben flächendeckend und umfassend analysiert, was wir tun können. Kurzfristig haben wir – was die Beleuchtung betrifft – uns vorgenommen, die herkömmlichen Leuchtröhren in LED umzutauschen. Ich will Ihnen nur sagen, alleine dieser Umtausch der Beleuchtung kostet in unseren Dimensionen einen siebenstelligen Betrag, den wir aus dem konsumtiven Bereich mitfinanzieren müssen. Das tun wir, um langfristig Energie einzusparen, aber bei der Menge, die wir brauchen, reden wir gleich über große Zahlen.

Die Reduktion der Raumtemperatur in den Verwaltungsbereichen, Eingangshallen und Fluren ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Leider ist es so, dass unsere technischen Anlagen nicht so gestellt sind, dass wir die Raumtemperatur zentral steuern können, sondern wir sind darauf angewiesen, dass jeder Beschäftigte mitwirkt, die Raumtemperatur selbstständig zu regeln. Das ist etwas, wo wir eine hohe Compliance unserer Beschäftigten sehen, aber ich will nur sagen, dass wir es nicht kontrollieren können, weil wir sonst jeden Tag durch jeden Raum laufen müssten, und das ist personell nicht machbar.

Die Wasserversorgung wollen wir bei der Wärme so weit regulieren, wie es die Hygiene erlaubt. Sie wissen, dass man Temperaturen nur bedingt runterschrauben kann, um der Legionellengefahr aus dem Weg zu gehen. Wir sind als Versorgungseinrichtung im Gesundheitswesen besonders darauf angewiesen, dass keine Risikoherde entstehen, weder in Verwaltungsbereichen noch in sonstigen Bereichen, weil auch unser Personal in den klinischen Bereiche ein- und ausgeht. Trotzdem sind wir sehr bemüht, an den Stellen, wo es machbar ist, das im größtmöglichen Umfang zu machen.

Ich hatte es eben schon erwähnt: Die Eigenverantwortung der Beschäftigten spielt bei der Charité bei diesem Thema eine ganz besondere Rolle. Wir starten Kommunikationskampag-

nen, um unsere Beschäftigten auf die Risiken hinzuweisen und an das Mitmachengagement zu appellieren. Wie gesagt, es gibt eine große Compliance, alle Beschäftigten sehen die Notsituation und tragen ihren Teil dazu bei. Selbst in der Forschung gab es einen Aufruf an die Wissenschaftler, sehr genau zu überlegen, welche Proben, die in unseren Kühlschränken – die mit minus 80 Grad Celsius gewaltige Stromfresser sind – eingefroren sind, entsorgt werden können, damit wir die Proben zusammenlegen können, um möglicherweise eine Anzahl von Kühlschränken abzuschalten. Ich will nur sagen, dass es schon so weit geht, dass wir flächendeckend alle Beschäftigten zu einer Mitmachaktion aufrufen. Wir haben darüber hinaus appelliert, darüber nachzudenken, welche Dienstreisen notwendig sind und was man für Verkehrsmittel für Dienstreisen nutzen sollte. Sie wissen, dass wir angewiesen sind, dass wir wissenschaftlich international präsent sind und vertreten werden, aber auch da schauen wir genau hin.

Wir haben gute Vorstellungen von dem, was wir mittelfristig machen können, aber das Dilemma ist, dass es nicht an Ideen und an möglichen Maßnahmen mangelt. Es mangelt an Investitionsmitteln, um diese Maßnahmen auch umsetzen zu können. Was ich eben schon erwähnte: Eine automatisierte, zentral gesteuerte Wärmeregulierung ist im Moment nicht möglich. Technisch ist das kein Problem, aber wir müssten komplett umrüsten und das bei Liegenschaften mit 455 000 Quadratmetern, unzähligen Gebäuden, teilweise in einer sehr alten baulichen Struktur. Sie können sich vorstellen, was das bedeutet.

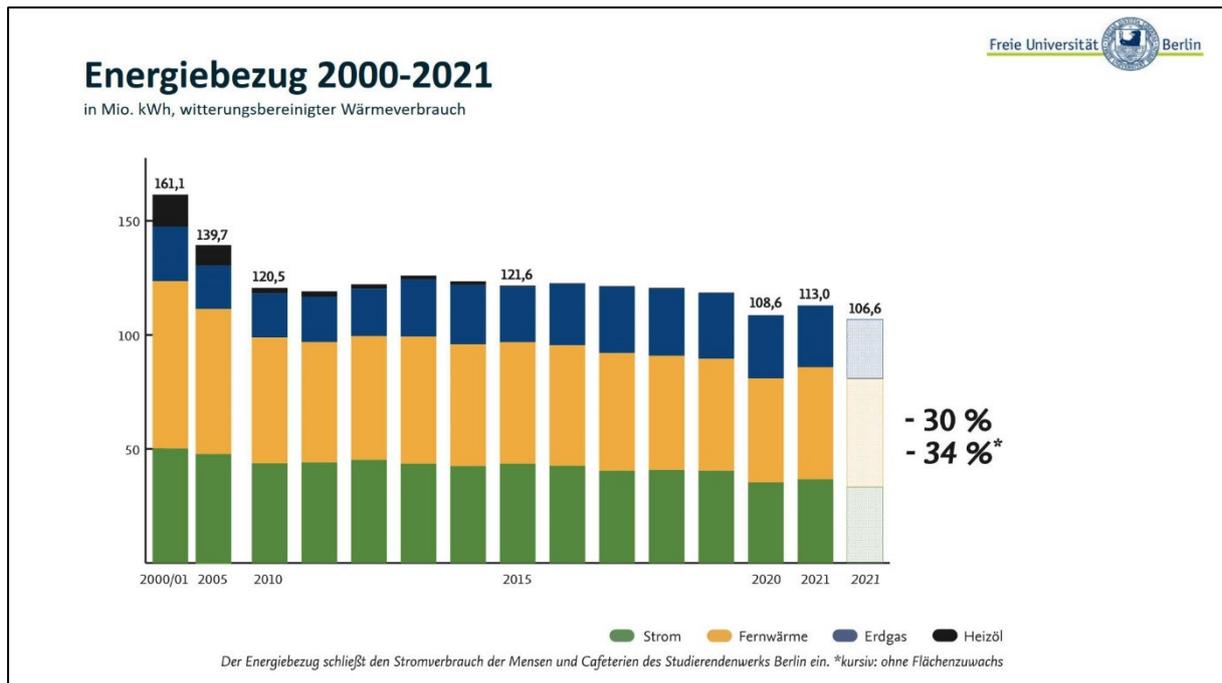
Bei der Raumluft- und Kältetechnik ist es das Gleiche. Unsere Lüftungsanlage am Campus Benjamin Franklin – Frau Gote, leider hat es nicht mit Ihrem Besuch geklappt, aber ich wollte Sie Ihnen zeigen – ist auf 1967 datiert und noch in Betrieb. Es gibt mehrere solcher Beispiele in unserer Charité. Noch funktioniert alles, aber alles ist maximal havariegefährdet. Wir wissen, was wir tun könnten, wenn wir zusätzliche Investitionsmittel hätten.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Liebe Frau Lurati! Könnten Sie etwas straffen?

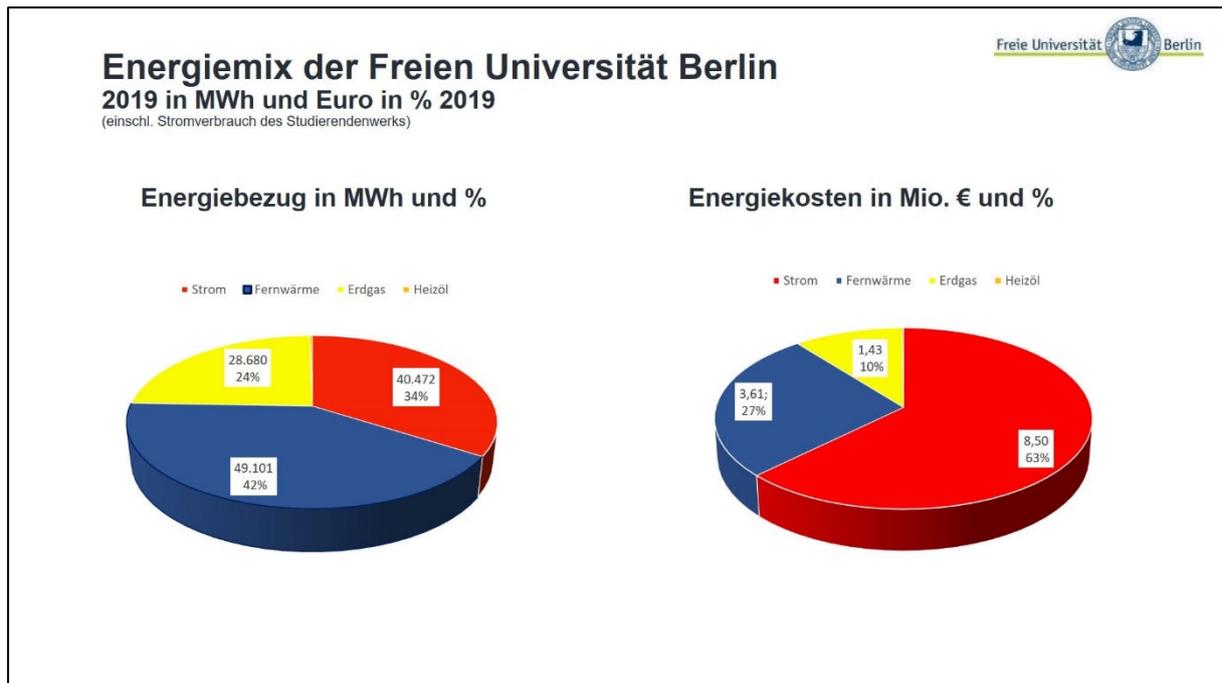
Astrid Lurati (Vorstand Finanzen und Infrastruktur Charité – Universitätsmedizin Berlin): Ich bin fertig! – Wir machen gerade an 40 Gebäuden eine Energieeffizienzanalyse und wollen schauen, was wir baulich verändern können, um Energie zu sparen, und das wiederum kostet Investitionsmittel. Unsere Vorstellungen und unser Wunsch wäre, dass wir hierfür entsprechende Investitionsmittel als Anschubfinanzierung bereitgestellt bekommen könnten. Dann sind wir sicherlich in der Lage, unseren Beitrag deutlich zu erhöhen, zu dem, was wir ohnehin schon tun. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen lieben Dank! – Dann hätten wir jetzt Herrn Wanke und dann Frau Prof. Dr. Rauch, die schon digital zugeschaltet ist. – Zuerst hätten Sie, Herr Wanke, das Wort.

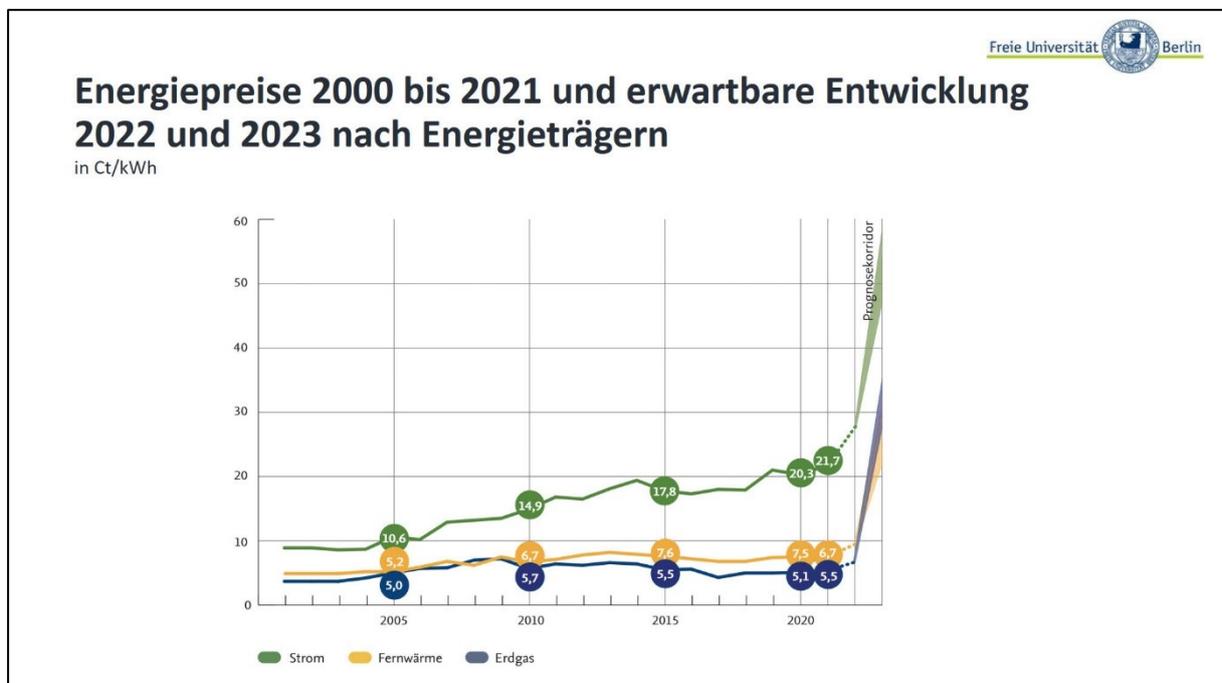
Andreas Wanke (Stabsstelle Nachhaltigkeit und Energie FU Berlin): Erst einmal vielen Dank für die Einladung! Ich glaube, ich kann da nahtlos anschließen.



Ich habe Ihnen viel zu viele Folien präpariert, aber das Ganze hatte letztlich die Absicht, dass wir in der Vergangenheit schon viel im Bereich Energieeffizienz und Energiesparen gemacht haben. Uns ist es an der Freien Universität in den letzten 20 Jahren immerhin gelungen, den Energieverbrauch um 30 Prozent zu reduzieren. Das ist in der jetzigen Krisensituation nicht ganz verkehrt, weil das unsere Resilienz stärkt. Hätten wir all das nicht gemacht, würden wir noch einmal 6 Millionen Euro höhere Energiekosten haben und wären in der jetzigen Situation noch einmal stärker herausgefordert.



Kurz zur Ausgangssituation: Bei uns ist es so, dass ein Drittel unseres Wärmeverbrauchs direkt auf Erdgas basiert, zwei Drittel auf Fernwärme, die auch zu einem großen Teil auf Erdgas basiert. Dadurch sind wir direkt betroffen. Auf der Kostenseite sieht es so aus, dass über 60 Prozent der Kosten für Strom sind. Die Strompreissteigerung, die wir sehen, schlägt überproportional durch und machen uns in der Zukunft Probleme.



Momentan ist es so, dass man sagen kann, dass sich jede Woche die Prognosen verändern, was die Energiekostensteigerung angeht. Deshalb macht es wenig Sinn, mit konkreten

Summen ins Rennen zu gehen. Man kann wirklich sagen, dass das, was sich momentan abbildet, schon sehr surreal ist, aber das geht nicht nur den Universitäten so, sondern letztlich der gesamten Gesellschaft. Wir müssen davon ausgehen, dass, wenn in den nächsten Wochen nicht noch politische Gegenmaßnahmen erfolgen – die sind zum Glück angekündigt –, werden wir als Universität einer Kostensteigerung ins Auge sehen, die mehr als eine Verdreifachung der jetzigen Energiekosten beinhaltet. Das ist hier nur angedeutet; das sind die Energiekostensteigerungen, die wir aus Gesprächen mit der Energiewirtschaftsstelle des Landes Berlin schlussfolgerten



Freie Universität Berlin

Einsparstrategie und Notfallkonzepte

Grundlage: Drei Stufen der Energieverknappung

1. Gefährdete Energiesicherheit, starker Kostenanstieg, Umsetzung des Energieeinsparziels des Senats von 10% zur Abwendung einer Energiekrise
2. Knappheiten mit zeitlichen oder örtlichen Liefereinschränkungen bei Gas und Fernwärme (ab Herbst möglich)
3. Ausfall der Erdgas- und Fernwärmeversorgung (Extremfall, sehr unwahrscheinlich)

Energiesparprogramm und Notfallkonzepte

(1) Ad-hoc-Energiesparprogramm (Ziel: 10 bis 15% Energieeinsparung im Wintersemester) Präsenzlehr- und Forschungsbetrieb findet (nahezu) normal statt. Die Universität spart Energie, verbessert die Energieeffizienz mit gezielten Maßnahmen und begrenzt den Anstieg der Energiekosten mit einem Bündel technischer, organisatorischer und verhaltensbezogener Maßnahmen und Anreize

(2) Notfall-Stufen mit zusätzlichen Maßnahmen zur Energieeinsparung (15 bis >40 Prozent Einsparung)
(stufenweise Schritte mit zunehmenden Einschränkungen des Präsenzlehr- und Forschungsbetriebes; zeitliche und/oder örtliche Einschränkungen des Präsenzlehrbetriebes bis hin zur Einführung eines nahezu ausschließlich digitalen Lehrbetriebes
[40 Prozent Energieeinsparung = bisheriger Betriebsferienmodus])

Was haben wir getan? – Wir haben als Universität eine AG eingerichtet, die sich auf der einen Seite der Frage widmen wird, was wir kurzfristig tun können – analog zur HTW –, und die auf der anderen Seite fragt, was hätten wir noch zu tun, wenn das nicht reicht, was wir tun. Unser Ziel ist es, trotz der 30 Prozent Einsparungen, die schon hinter uns liegen, noch einmal 10 bis 15 Prozent im nächsten Winter zu mobilisieren. Es ist klar – und das wurde durch die Unterlagen hoffentlich deutlich –, dass vieles von dem, was der Senat oder die Bundesregierung an Maßnahmen vorschlägt – 19 Grad Celsius, Reduzierung der Temperaturen in den Verkehrsflächen, Abschalten von Warmwasser –, wir eigentlich schon hinter uns haben. Insofern sind diese 10, 15 Prozent für uns in der Tat eine Herausforderung. Für uns ist auch ganz klar, dass wir den Präsenzbetrieb im nächsten Semester aus den genannten Gründen gewährleisten wollen.

Wir wissen vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen auch, dass Energieeffizienz, Energiesparen auch ein sehr kleinteiliges Geschäft ist. Das gilt technisch auf jeden Fall, aber es ist mehr als eine Frage der Technik. Energiesparen hat sehr viel mit Bewusstsein, mit Verhalten, mit betriebsorganisatorischen Festlegungen zu tun. Deshalb ist es uns ganz wichtig, dass wir diese Maßnahmen, die wir einleiten wollen, kurzfristig mit ganz viel Kommunikation verbinden. Das heißt, wir werden noch einmal quer durch die Universität gehen, auch in dem Sinne,

dass wir dadurch Potenziale entdecken, die wir von außen vielleicht gar nicht erkennen können, zum Beispiel im Forschungsbereich. Natürlich kann man auch in der Forschung sparen, beispielsweise indem man die Temperaturen in Tiefkühlschränken anhebt – natürlich auf ein Maß, das die Präparate gefroren hält – oder durch forschungsorganisatorische Maßnahmen, was Gewächshäuser und Phytokammern usw. anbelangt, weitere Beiträge zur Energieeffizienz leistet. Das wollen wir durch unsere Gespräche gewährleisten.

Für uns ist es auch wichtig, dass wir die Verbräuche transparent machen. Das heißt, wir werden ab November den Universitätsangehörigen die Gelegenheit bieten, dass Sie wirklich bei jedem Haus sehen können, was passiert ist, inwiefern sich der Verbrauch entwickelt hat, weil wir davon ausgehen, dass es am Ende letztlich auch auf die Mitwirkung unserer Universitätsangehörigen sehr stark angekommen wird. Jeder weiß, Sie können die beste Technik in einem Gebäude haben, aber wenn die Fenster aufgerissen werden, entfleucht das und führt zu Energieverschwendung.

Jenseits dieser Gespräche in den Fachbereichen und der Verbesserung der Verbrauchstransparenz werden wir auch vor Ort Energiechecks machen. Das heißt, eine Gruppe von Ingenieuren geht durch die Gebäude, checkt alles und wird Maßnahmen, die sich davon ableiten lassen – das betrifft auch Laufzeiten von Lüftungsanlagen, Absenkung von Vorlauftemperaturen –, mit den Bereichen besprechen. Dazu haben wir uns ein Modernisierungsprogramm für alte Elektrogeräte ausgedacht. Das heißt, wir wollen auch schauen, welche Geräte beispielsweise im Kühl- und Gefrierbereich mittlerweile veraltet und ineffizient sind und wollen ein entsprechendes Austauschprogramm starten, damit diese so schnell wie möglich aus dem Betrieb gehen. Das wäre das, was wir vorhaben.

Ich will noch an das, was Herr Prof. Busch im Hinblick auf Homeoffice gesagt hat. Wir müssen uns vor Augen halten, dass es vielleicht viele gute Gründe für das Homeoffice gibt, aber es ist erst einmal keine Energiesparmaßnahme. Das heißt, wenn wir Leute nach Hause schicken, dann verbrauchen die zu Hause die Energie, die sie ansonsten im Büro verwenden würden und umgekehrt. Dieser Status muss aufwendig organisiert werden. Jeder Büroarbeitsplatz, der frei wird, muss dazu führen, dass das entsprechende Thermostatventil nach unten gedreht wird. Das wird im Einzelfall nicht zu schaffen sein. Viel sicherer kann man sein, dass Menschen, die in der Universität sind, zu Hause ihr Thermostatventil abdrehen. Das hat vielleicht noch einen sozialpolitischen Aspekt, gerade bei den Studierenden, die im nächsten Semester die Energiekosten, die auf uns zukommen, kaum werden finanzieren können. Ich glaube, das müssen wir im Hinterkopf behalten. Homeoffice bringt Einsparungen im Mobilitätsbereich, keine Frage, aber gerade die Universitäten sind dadurch gekennzeichnet, dass sie einen hohen ÖPNV- und Fahrradanteil haben und dass insofern die Einsparungen in dem Bereich begrenzter sind als in anderen Bereichen.

Wir müssen auch berücksichtigen, dass die Büroarbeitsplätze, auf die sich mit den 19 Grad Celsius so stark fokussiert wird, bei uns nur 20 Prozent der Fläche ausmachen. Es ist viel sinnvoller, in die Bereiche zu schauen, wo die Leute vielleicht nicht dauerhaft sitzen und arbeiten, sondern vielleicht nur zeitweise sind. Da ist es viel einfacher, Temperaturen abzusenken, oder in Seminarräumen, wenn 20, 30 Studierende in einen Seminarraum gehen, dann ist so ein Raum von 18 Grad Celsius schnell wieder auf den 20, 21 Grad Celsius. Mit diesen Bemerkungen will ich schließen und freue mich auf Nachfragen.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke schön, Herr Wanke! – Dann ist uns Frau Prof. Dr. Rauch zugeschaltet. – Sie haben jetzt die Möglichkeit, ein Statement von ungefähr fünf Minuten abzugeben. Danach folgt die Fragerunde der Abgeordneten, und dann könnten Sie im Zusammenhang beantworten. – Frau Prof. Dr. Rauch, Sie haben das Wort!

Dr. Geraldine Rauch (Präsidentin TU Berlin) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich bemühe mich zu ergänzen, weil viele Sachen für die Hochschulen und Häuser ähnlich sind. Ich kann noch einmal auf den sozialpolitischen Aspekt eingehen. Es ist bei den Maßnahmen, die wir machen, schon jetzt wirklich schwierig, die zu vermitteln, weil alles, was wir an der Uni schließen oder nicht mehr ermöglichen, sich immer auf die Studierenden und die Menschen, die dort arbeiten, irgendwie auswirkt. Wir haben eine Taskforce Energie eingesetzt, die einen großen Maßnahmenkatalog von 35 Punkten erarbeitet hat, die ich nicht alle vortrage, aber das beinhaltet unter anderem eine Weihnachtsschließung, die wir sehr wahrscheinlich umsetzen werden. Wir reden über Nachtschließungen; auch das ist etwas, was zu großen Debatten führt, weil viele Studierende auch nachts Lehrräume nutzen oder zumindest zu späten Stunden. Wir möchten unseren großen Hörsaal, das Audimax schließen, weil der eine sehr energieintensive Lüftungsanlage hat. Das führt an verschiedenen Stellen zu Debatten, die man auch immer vermitteln muss und wo wir uns tatsächlich die ganze Zeit dem stellen müssen, was das kleinere Übel ist. Diese ganzen Fragen, wie die Menschen ihre Energiekosten zu Hause kompensieren sollen, erreichen uns auch.

Um ein paar Zahlen von der TU zu geben: Wir sind in 2020, wo wir teilweise vertraglich ge-regelte Kosten haben, bei den Strom-, Fernwärme- und Gaskosten bei ca. 24 Millionen Euro. Wenn man aktuelle Marktpreise nehmen würde, würde sich diese Summe schon mehr als verdoppeln. Wenn wir unsere Prognose für 2023 machen, rechnen wir mit irgendwas zwischen 90 und 140 Millionen Euro. Das erklärt wahrscheinlich ganz gut, dass wir uns momentan haushaltsmäßig im absoluten Blindflug befinden. Wir haben die Hochschulvertragsverlängerung, wir sind eigentlich zu einer Einigung der Verlängerung gekommen, haben aber noch keinen finalen Bescheid. Wir haben auch noch keine Summe oder eine Größenordnung, wie potenzielle Energiekosten erstattet oder zumindest teilweise kompensiert werden könnten, sodass es super schwierig ist, für nächstes Jahr irgendetwas zu planen und wir nur versuchen, zu sparen, wo es geht.

Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass solche Maßnahmen wie die Weihnachtsschließung mitbestimmungspflichtige Prozesse sind, weil es die Mitarbeitenden direkt betrifft. Das hat einen hohen sozialen Sprengstoff. Ich kann nur noch einmal betonen, dass – neben der Dimension, dass die Menschen zu Hause auch Strom und Gas verbrauchen – ich denke, dass wir uns nächstes Jahr auf ein Jahr einstellen müssen, wo es Proteste geben wird, gerade von sozial benachteiligten Menschen, und das merkt man auch an den Universitäten. Ich kann nur dringend dafür werben, dass wir auch Räume schaffen müssen, wo wir uns weiterhin treffen und begegnen, und wo wir auch offene Arme haben und das es nicht dazu kommen darf, dass wir große Teile der Hochschulen schließen.

Als Technische Universität haben wir insbesondere einen sehr hohen Stromverbrauch. Circa ein Drittel unseres Stromverbrauch geht auf die Forschung zurück. Um ein paar – da kann man eine ganze Reihe nehmen – energieintensive Forschungsbeispiele nennen will, haben wir zum Beispiel Reinräume in der Physik, die 24 Stunden sieben Tage die Woche laufen müssen. Tiefsttemperaturkühlungen in der Chemie. Wir haben im Institut für Werkzeug, Maschinen

und Fabrikbetrieb, Technologie und Management des industriellen Fabrikbetriebs hohe Energiebedarfe gibt oder auch Keramikbrennöfen in den Prozesswissenschaften. Das heißt, wir fordern gerade alle Forschenden auf, wo möglich auch Geräte ruhen zu lassen, aber das ist im Zweifel gar nicht möglich. Man kann nicht alles mal eben ausschalten bzw. man hat auch Vorlaufzeiten. Wir sind schon jetzt dabei, einen Notfallplan zu erstellen, um zu sagen, was im Worst Case weiterlaufen muss und was wir in der allergrößten Not auch schließen können. Ansonsten machen wir die ganzen Maßnahmen, die schon genannt wurden: die Raumtemperaturen senken, nicht mehr alle Hörsäle belüften – deswegen schließen wir das Audimax –, bestimmte Lampensysteme austauschen, was Frau Lurati gerade erwähnte, – das ist alles schon in unserem Maßnahmenportfolio. Über unsere Taskforce Energie bemühen wir uns um eine sehr breite Kommunikation in die Universitäten rein.

Das Fazit ist, dass es gerade wirklich sehr schwierig ist, ohne Haushaltsidee ins nächste Jahr zu starten und jede Maßnahme, die irgendwie in Richtung Schließung oder Einschränkung der Öffnungszeiten geht, Diskussionen verursacht. Schon bei der Nachtschließung haben wir Diskussionen, die ich nachvollziehen kann, weil doch immer Personen betroffen sind, und wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir noch die Coronajahre hinter uns haben. Die Menschen und insbesondere die Studierenden haben ein ganz großes Anliegen, sich endlich wieder an den Universitäten zu treffen und jetzt fangen wir an, Sachen wegen Energiesparen zu schließen. Dieses Dilemma muss uns bewusst sein. Ich glaube, am meisten wäre uns geholfen, wenn wir mehr Planungssicherheit bekommen könnten oder zumindest wüssten, mit welchem Budget wir für 2023 konkret rechnen könnten. Das wäre sehr hilfreich, weil – wie schon meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben – viele dieser Maßnahmen oder das Ersetzen von Anlagen Geld kostet, das man im Zweifel auch investieren muss und wir momentan nur sagen, dass wir sparen müssen, wo es geht, weil wir nicht wissen, ob wir unseren Haushalt halten können. Das ist momentan leider der Punkt.

Ich möchte bei der Gelegenheit betonen, weil ich finde, dass es in der Energiekrise so augenscheinlich wird, dass wir viele Förderprogramme und Unterstützungsprogramme vom Land und auch vom Bund haben, die in die Forschung und die exzellente Forschung gehen, aber dass es uns alles nichts hilft, wenn die Infrastruktur nicht mitfinanziert ist. Diese Schere macht sich in dieser Krise enorm breit auf. Die Energiekrise trifft auf Universitäten, die ohnehin eine schlechte Gebäudesubstanz haben, die deswegen wärmetechnisch und von der Stromversorgung her auf einem extrem veralteten Niveau sind. Das holt man nicht in ein paar Wochen auf. Insofern ein Appell, den ich schon oft gemacht habe: Wir sollten in der Forschungsförderung nicht vergessen, dass Forschung nicht ohne Infrastruktur funktioniert. – Jetzt würde ich, um meine Vorredner nicht komplett zu wiederholen, still sein und mich auf Ihre Fragen freuen.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen lieben Dank an Sie alle für Ihre Inputs! – Wir kommen zur Aussprache. – Herr Förster, Sie haben das Wort!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank! – Es ist nicht gerade erfreulich, dass wir uns heute mit diesem Thema beschäftigen müssen. Ich will auch voranstellen, dass es eine Debatte ist, die die Politik für alle Fachbereiche führen muss. Es gibt auch Bäcker, die uns signalisieren, dass sie bei den steigenden Preisen nicht über den Winter kommen werden. Das Brot kann man nicht die Hälfte der Zeit backen, wenn es verkaufsfähig sein soll, und für den doppelten Preis kann man es auch nicht verkaufen. Es ist eine Diskussion und eine Frage, die viele Bereiche

betrifft, nicht nur die Hochschulen, auch wenn das heute unser Thema ist. Ich will das nur voranstellen. Das wäre auch die erste Frage, die ich an alle vorweg schieben würde. Gibt es eine breite Akzeptanz der jetzigen vorgestellten Maßnahmen innerhalb der Statusgruppen der Hochschulen – bei den Professoren, den Mitarbeitern, den Studenten – oder gibt es möglicherweise auch ein Grummeln über vielleicht eine verfehlte Energiepolitik der letzten Jahre oder möglicherweise falsche Maßnahmen?

Ich frage vor dem Hintergrund, dass der sächsische Ministerpräsident zum Beispiel sagte, er könne seinen Beamten in den Ministerien nicht erklären, dass sie sparen und im Winter frieren sollen, wenn man gleichzeitig sagt, wir steigen zugleich aus Atomkraft, Kohle und Gas aus und sich dann wundert, dass wir Engpässe haben. Wir waren im Juni auf Präsidiumsreise in Wien und die Wiener Kollegen haben zum Thema Energie erstaunt gefragt, warum wir so ein großes Problem hätten, zum Beispiel kein Gas mehr zu beziehen. In Österreich sei es breiter politischer Konsens, Öl und Gas weiter von Russland zu beziehen, und das ist eine ganz andere Haltung. Ich sage nur – da wird jeder im Saal seine eigene Meinung haben –, dass es in der Gesellschaft hundert Meinungen zu diesem Thema gibt. Es würde mich wundern, wenn das an den Hochschulen und an den Einrichtungen nicht der Fall wäre. Deswegen ist meine Frage: Wie groß ist die Akzeptanz? Sagen alle: Hurra, wir müssen da durch, wir wollen sparen! –, oder gibt es schon mal kritische Fragen, dass das möglicherweise Auswirkungen einer verfehlten Energiepolitik der letzten Jahre ist?

Ich will ausdrücklich Prof. Busch loben, weil die HTW früh darauf gesetzt hat – das kann ich bestätigen –, gerade beim Thema Energieautarkie voranzukommen, sprich, das Thema erneuerbare Energien zu nutzen. Wir alle wissen, dass wir in Deutschland zwar schon ganz gut vorangekommen, aber immer noch zu spät sind. Wir hängen hinterher und müssten eigentlich noch schneller und wesentlich weiter sein. Ich denke daran, wie lange die HTW zur Fotovoltaikanlage mit dem Denkmalschutz korrespondieren musste, ehe der Neigungswinkel auf den Gebäuden in Oberschöneweide festgelegt wurde. Das sind Diskussionen, die man vor einigen Jahren noch mit Verve geführt hat. Mittlerweile ist der Neigungswinkel abgesenkt, und sie funktioniert, glaube ich, wunderbar. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, Herr Dr. Busch, wie viel Anteil an der Stromerzeugung das an der HTW ungefähr ausmacht, was Sie durch die erneuerbaren Energien bekommen, gemessen daran, wenn das ITZ 4.0 kommt, an dem Sie künftig noch viel mehr Möglichkeiten haben. Sie haben es in der vorherigen Anhörung beschrieben, dass da ein Energieplusgebäude entstehen soll.

Noch einmal auseinanderklamüsert die 70 Millionen Euro Energiekosten im Jahr für alle Hochschulen plus Charité, die in den Raum gestellt worden sind: Sind das vor allen Dingen Energiekosten im Sinne von Heizung und Strom? Wie ist da der Anteil untereinander? Wie teilt sich das auf? Wir haben sehr viel über Heizungskosten gesprochen, aber weniger über Stromkosten. Strom ist auch ein relevanter Faktor. Wenn ich von Frau Lurati höre, dass es siebenstellige Kosten verursacht, von der Glühbirne auf die LED umzurüsten, weiß ich gar nicht, wie ich das werten soll. Hat man einfach sehr spät damit begonnen, das zu tun, oder ist das deswegen, weil man alles auf einmal macht? Das ist ein bisschen wie mit der Waschmaschine zu Hause, die noch funktioniert, aber mehr Wasser zieht. Soll man ein Gerät wegwerfen, was auch einen Lebenszyklus hat und dessen Herstellung auch einmal Ressourcen gekostet hat, um dann Energie zu sparen, oder soll man warten, bis das Gerät sein Laufzeitende erreicht hat und dann ein sparsameres Gerät kaufen? So ist es, glaube ich, auch. Ich würde im Zweifelsfall eher sagen, lieber die Glühbirnen ausbrennen lassen und Stück für Stück auf LED umrüsten, um die Laufzeit der Glühbirnen, die Sie wahrscheinlich in den Müll werfen, auszunutzen, als eine Million Euro auszugeben, um sofort alles auf LED umzustellen. Ehe Sie die eine Million Euro kompensieren, wird das viele Jahre dauern. Das wäre meine Vermutung.

Das Thema mit den temporären Raumtemperaturen, Herr Busch hat das angesprochen: Ist das eine Maßnahme, die man erst einmal für den nächsten Winter haben möchte, oder sagt man,

wenn sie funktioniert und wenn sich die Leute daran gewöhnen, wäre es auch ein dauerhaftes Bekenntnis zum Energiesparen, auch über die knappen Zeiten hinaus? Ist das ein Modell, was Sie dauerhaft halten wollen? Oder sagen Sie: Wenn die Knappheit beseitigt ist, ist eine andere Wohlfühltemperatur schon angemessen, und dann wollen wir zu den alten Werten zurück –, oder ist das ein Modellversuch, um zu sagen, wenn es funktioniert, kann man auch dauerhaft Kosten einsparen, auch Betriebskosten, die die Hochschulen belasten?

Was mich auch interessieren würde, ist das Thema Digitalisierung beim Energiemanagement: Wie weit ist das an den Hochschulen und an der Charité gelebte Praxis? Inwieweit ist man möglicherweise durch eine intelligente Steuerung der Heizung, der Beleuchtung, aber auch durch Zeitschalter usw. unabhängig vom Faktor Mensch? Der Mensch ist immer träge. Wenn er es nicht persönlich bezahlen muss, lässt er das Licht brennen und geht aus dem Raum raus oder reißt das Fenster auf; das ist ganz normal. Das ist, glaube ich, nur begrenzt steuerbar, aber die Frage ist, inwieweit man durch intelligente Digitalisierung zu anderen Ergebnissen kommen kann.

Frau Lurati könnte vielleicht die Frage zum Vergleich mit anderen Universitätskliniken in Deutschland oder darüber hinaus beantworten. Gibt es da Erfahrungswerte? Es geht nicht nur darum, Strom einzusparen, sondern auch Vorsorge für einen möglichen Stromausfall zu treffen. Ich bin von einem 30-stündigen Stromausfall in Köpenick vor einigen Jahren leidgeplagt, wo das Krankenhaus Köpenick große Probleme hatte, weil auch die Notstromaggregate nicht ansprangen. Das ist kurz vor knapp gerade noch gut gegangen, aber wenn Leute im OP liegen, kann man sich so etwas nicht leisten. Das muss man klar sagen. Da geht es um Leben und Tod.

Deswegen ist auch die Frage zur Bevorratung von Öl, Diesel, Aggregate usw., wie es da aussieht. Haben das die Hochschulen und vor allem die Charité aufgestockt? Eine Hochschule könnte möglicherweise auch mal ihren Betrieb einstellen. Herr Busch möge es mir nachsehen: Wenn die HTW einen Tag nicht arbeitet, wäre es zwar schade für den Wissenschaftsstandort Berlin, aber es würde möglicherweise noch hinkommen. Wenn die Charité einen Tag nicht arbeitet, wäre es möglicherweise in einzelnen Bereichen schwieriger. Das muss man so sagen. Inwieweit ist man da gerüstet?

Noch zwei Punkte: Das Thema Dienstreisen, Frau Lurati, würde ich nicht als vordringlich ansehen. Gerade durch Corona ist schon auf so viele Dienstreisen verzichtet worden, und der Austausch von Menschen und Begegnung ist auch notwendig. Wenn sich jemand in den Zug nach Hamburg setzt, um Kollegen zu besuchen, glaube ich, dass die Fahrpreise der Bahn nicht so angestiegen sind, dass das ein nennenswerter Posten ist. Wenn man mal jemanden zu einer Konferenz nach Athen schicken muss, ist das auch noch im Budget drin. Ich glaube, das sollte man den Leuten, wenn der Austausch notwendig ist, weiterhin ermöglichen. Während Corona hat das Digitale vieles kompensieren können, aber den persönlichen Austausch nicht. Da ist das ein Stück weit hinten runtergefallen.

Schließlich der Hinweis von Herrn Wanke zum Homeoffice, dass man das nutzen kann, aber dass Homeoffice die Energiekosten nach Hause verlagert. Wenn die Leute in das Homeoffice geschickt werden und die Familien komplett zu Hause sind, haben die die Stromkosten an der Backe. Da wäre auch die Frage, inwieweit das möglicherweise anderweitig kompensiert werden kann – es sind vermutlich auch durch die Coronajahre bei den Hochschulen einzelne

Ausgaben nicht getätigt worden, Sommerfeste usw., die kosten auch Geld. Inwieweit konnte in den letzten Jahren Geld eingespart werden, das jetzt möglicherweise für die Mehrkosten von Energie aufgewendet werden kann? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke schön, Herr Förster! – Jetzt ist Herr Schulze an der Reihe.

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön, auch für Ihre Ausführungen! Das wird uns wohl noch eine Weile beschäftigen. Die Gaspreise stehen – das haben Sie berichtet – auf Jahre im Voraus fest, sodass wir jetzt schon ungefähr wissen, wohin die Reise auch in den nächsten Jahren geht, dass uns diese Krise erhalten bleiben wird und nicht mit zum Beispiel einem Ende des Krieges einfach so verschwindet, sondern bleibt. Die Preise bleiben hoch, und es wird für uns alle in allen öffentlichen Sektoren, aber auch in der privaten Wirtschaft und überall eine große Herausforderung.

Ich möchte mit einer Vorbemerkung starten, und zwar dass wir verschiedentlich von Haushältern und Finanzern im unseren Hause und im Senat hören, dass die Universitäten und Hochschulen mit den 3,5 Prozent Mittelsteigerungen schon sehr gut bedient seien und man mal schauen müsste, was von den 3,5 Prozent für die Energiekosten abgezackt werden könnte. Da will ich festhalten, dass wir alle im Wissenschaftsausschuss wissen, dass die 3,5 Prozent verplant sind, und zwar vollständig bis an die Grenze dessen, was gerade noch so machbar ist – das ist alles auf Kante genäht –, einerseits für Tarife – das ist der einzige öffentliche Bereich in Berlin, der die Tarifsteigerungen nicht einfach so ersetzt bekommt, sondern im Rahmen eines gedeckelten Budgets –, andererseits auch für steigende Studienplätze und sonstige tarifliche Herausforderungen – ich sage nur TV-L-Urteil des Arbeitsgerichts und ähnliche Geschichten –, und dass die 3,5 Prozent für die Finanzierung der steigenden Energiekosten nicht zur Verfügung stehen. Das muss man einmal so festhalten. Das war schon knapp, bevor die Energiekrise kam, und jetzt ist es umso knapper. Insofern kann ich nur an uns alle im Haus appellieren, das zur Kenntnis zu nehmen und die Universitäten und Hochschulen so zu behandeln wie die anderen öffentlichen Bereiche wie die Schulen, die Polizeiwachen usw. Da muss man bei allen Einsparbemühungen, die schon genannt worden sind, für die ich Ihnen auch sehr dankbar bin, gegenfinanziert und ersetzt werden. Da hat das Land Berlin die klare Verantwortung.

Ich habe drei Fragen – die erste Frage: Frau Lurati hat dankenswerterweise geschildert, wie die Charité ihre Gaspreise vorverhandelt. Wie sieht denn die Vertragssituation an den Universitäten und Hochschulen aus? Machen Sie das ähnlich oder sind Sie an das Land Berlin gebunden und müssen nehmen, was Sie über den Landesvertrag, den das Land Berlin hat, bekommen? Vielleicht können Sie das noch einmal darstellen.

Die zweite Frage: Wir diskutieren gerade über einen Sanierungsfahrplan – Sie diskutieren auch untereinander über einen – für die Berliner Universitäten und Hochschulen. Muss man da eventuell in Richtung energetischer Sanierung umsteuern, dass man sagt, dass es nicht mehr darum geht, das nächste große Forschungsvorhaben baulich unterzubringen, sondern erst einmal zu schauen, ob man in der Substanz energetisch so saniert, dass wir mit dem, was wir haben, über die nächsten Jahre kommen und keine Schließungen vornehmen müssen? Vielleicht können Sie zu diesen strategischen Fragestellungen in Richtung von Sanierungen etwas sagen.

Die dritte Frage – zur Einsparung bei der Charité, da wir auch den Krankenhausbetrieb haben: Wie ist das überhaupt machbar? Sie haben viel über Forschung und die Tiefkühlschränke gesagt, aber vielleicht können Sie noch etwas über den Versorgungsbetrieb sagen. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Nun ist Frau Neugebauer an der Reihe.

Laura Neugebauer (GRÜNE): Als Erstes nehme ich das sehr positiv auf, dass Sie an vielen Stellen gesagt haben, dass man den Studierendenbetrieb auch in diesem Winter offenhalten möchte. Ich werde spezifisch darauf eingehen, weil meine Kolleginnen und Kollegen schon viele Fragen gestellt haben und ich mich nicht wiederholen möchte. Die Frage der Runterregulierung von Räumen ist mehrmals gefallen, und das liegt nicht nur in Landeshand, ob und wenn ja, wie runterreguliert wird. Im Worst Case, über den wir nicht geredet haben, werden auch Entscheidungen auf Bundes- und europäischer Ebene gefällt.

Deswegen habe ich die Frage – an der Stelle an Sie, insbesondere Herrn Prof. Busch und Frau Prof. Rauch –, dieses Commitment ernst nehmen, dass die Bibliotheken und die Räume, in denen Studierende lernen und zusammenkommen können, essenziell wichtig sind: Die Wahl ist ja, heize ich zu Hause oder heize ich die Bibliotheken. Meistens wird in den Bibliotheken gelernt, wenn zu Hause kein Raum ist, kein Platz ist, es zu laut ist und verschiedene andere Sachen. Das heißt, sie sind ein sehr essenzieller Bestandteil des studentischen Lebens. Gibt es schon Pläne wie a) diese Räume so lange wie möglich warmgehalten werden können, und b) was passiert, wenn das nicht mehr möglich ist, sprich kreative Ansätze, wie man das Arbeiten in diesen Räumen ermöglichen kann? Ich persönlich stelle mir eine Hausarbeit bei 19 Grad Celsius zu schreiben alleine vom Fingerspitzengefühl her recht schwierig vor. Deswegen ist meine Frage an Sie als Hochschulen, was die Planungen für den Worst Case sind. Das sind die Fragen, die auch in der Studierendenschaft öfter aufploppen.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Als Nächstes ist Frau Dr. Czyborra an der Reihe.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vielen herzlichen Dank auch an die Anzuhörenden für die sehr verschiedenen Aspekte, die vorgetragen wurden. Frau Lurati hat uns einen sehr interessanten Einblick gegeben, wie ein Konzern – sage ich mal – wie die Charité langfristig ihre Finanzen regelt. Das fand ich sehr beeindruckend. Was auch klar geworden ist, ist, dass vieles zum Bund, zu der EU und zu anderen Regelungskreisen gehört, wo wir keinen direkten Eingriff haben, aber unsere Senatsverwaltungen auf Bundesebene, was die Gesundheit angeht, zusehen müssen, dass die DRG entsprechend auskömmlich angepasst werden. Das ist ein Thema für die Gesundheitspolitik insgesamt, was an der Charité einen Teil des Problems betrifft.

Was die Investitionen in unsere Hochschulgebäude angeht: Das ist ein Thema, das uns und mich in den Koalitionsverhandlungen schon sehr umgetrieben hat, dass gerade die Energieeinsparziele in Richtung CO₂-Neutralität, die wir uns jenseits der aktuellen Krise eigentlich als Land Berlin setzen wollten, mit den zur Verfügung stehenden Investitionen so schwer zu erreichen sind. Das war durchaus ein Teil der Debatte. Da haben wir auf der einen Seite den massiven Druck, noch mehr zu tun und noch schneller und besser zu werden, und auf der anderen Seite das Problem mit den doch etwas abgeschmolzenen Investitionsmitteln. In dem

Zusammenhang habe ich eine Frage, die ich mir in letzter Zeit öfters gestellt habe, die ich mir aber aus der Aktenlage nicht beantworten konnte: Wie viel Prozent der öffentlichen Räume in dieser Stadt sind eigentlich unsere Hochschulgebäude? Das wird die Senatsverwaltung nicht aus dem Ärmel schütteln können – das würde mich sonst sehr wundern, ich habe es nämlich auch nicht rausgefunden –, aber das würde mich mal für die politische Debatte interessieren.

Vielen Dank auch an Herrn Wanke für die ausführlichen Folien, auch wenn wir sie nicht alle gelesen und studiert haben! Sie werden uns sicherlich weiterhelfen. Wir können da reinschauen, wenn sie uns zur Verfügung gestellt werden. Vielen Dank auch, dass darauf hingewiesen wurde, dass zum Beispiel die FU – ich nehme an, dass das für andere Einrichtungen vergleichbar gilt – in den letzten 20 Jahren sehr viel getan hat, gerade auch unter dem Druck der Sparjahre, im Energiesektor tatsächlich alles zu mobilisieren, was an Einsparungen möglich ist, um es anderweitig in Lehre und Forschung zu investieren. Ich weiß aber auch, dass es Gebäude wie zum Beispiel der Physik gibt, das ein energetisches Riesenproblem ist. Im Sommer heiß, im Winter kalt, und es zieht. Eine Sanierung steht in den Sternen. Das ist eine Frage auf mittlere Sicht, wie man damit umgeht. Ich weiß auch – ich spreche von der FU, da kenne ich mich sehr gut aus, aber das gilt sicherlich auch für alle anderen Hochschulen in ähnlicher Weise –, dass wir zum Beispiel das Lateinamerika-Institut am Breitenbachplatz haben, das unter Denkmalschutz steht, wo wir, ich glaube, Bleifenster haben – korrigieren Sie mich –, die auf jeden Fall historische Fenster sind, die energetisch suboptimal funktionieren. Die Frage, wie wir mit Herausforderungen des Denkmalschutzes und diesem Energieeinsparaspekt umgehen, wird virulent.

Andere Fragen sind – vorhin wurde das Zuse-Institut erwähnt –: In Dahlem haben wir das Berlin Brain im Keller und einen der zehn leistungsstärksten Großrechner der Welt zusammen mit einem anderen. Da entsteht sehr viel Wärme. Da wird sehr viel Kühlung benötigt. Kühlung ist ein Aspekt, der bei Energie nicht so im Fokus steht, obwohl es, Frau Lurati hat es erwähnt, ein großes Thema ist. Inwieweit stehen intelligenten Nutzungen von Wärme, Kälte usw. auch rechtliche Probleme – Baurecht usw. – entgegen? Ich glaube, wir hatten das Thema öfters, dass Hochschulen sehr viel intelligenter und kreativer mit vielen Problemen umgehen könnten, aber häufig durch das Baurecht oder andere Vorschriften geändert werden. Das wäre auch die Handlungsebene, die wir im Parlament ansteuern könnten, zu sagen, wo wir durch das Beseitigen rechtlicher Hürden dazu beitragen können, dass Energie eingespart wird. Das ist sicherlich eher mittelfristig als direkt die nächsten Monate betreffend, aber vielleicht können wir das an der Stelle nutzen, um zu sagen, dass wir uns das noch einmal ganz genau anschauen müssen, was zielführend und was hindernd ist und wo uns die Wissenschaft und die Forschung entscheidende Impulse für die Zukunft der Energie in dieser Stadt geben können. Wir hatten in Berlin zu Zeiten West-Berlins Stadtgas – das wurde produziert, nur war das sicherlich nicht CO₂-neutral usw. –, aber was können wir tun, indem wir ganz gezielt Wissenschaft und Forschung dabei unterstützen, in diesen Bereichen kreative Ideen für diese Stadt zu entwickeln, wie wir unsere Energieversorgung besser aufstellen? Wir hatten vor einigen Jahren eine Enquete-Kommission, aber wir sind nun auch ein ganzes Stück weiter. Vielleicht gibt es da Impulse, die wir durch zur Verfügung stellen von Geld oder Gründungen von Einstein-Centern oder sonst wie noch befördern könnten, um hier auch mittelfristig deutliche Impulse für die Lösungen der Probleme dieser Stadt zu setzen. Wie gesagt, Kälte, Wärme, intelligente Nutzung von Abwärme für andere Systeme – das sind alles Fragen, die uns da umtreiben können.

Zum Schluss möchte ich noch einmal sagen – ich glaube, wir sind uns in der Koalition einig – , dass wir vorrangig dafür sorgen müssen, dass die öffentliche Infrastruktur funktioniert und dass eine Hochschule ein Ort ist, wo man studieren, sich hinsetzen und lernen kann, insbesondere wenn es zu Hause kalt wird. Das heißt nicht, dass wir private Haushalte im Stich lassen dürfen, aber es ist einfacher, eine Hochschule zu heizen, dort eine Bibliothek zu heizen, als dafür zu sorgen, dass jede Studierende in dieser Stadt die Mittel hat, um zu Hause die Probleme zu lösen. Insofern würde ich immer die öffentliche Infrastruktur voranstellen. Das gilt genauso für unsere Mensen. Wenn das Geld für den Einkauf weniger wird und am Ende des Monats nur noch Toastbrot da ist, ist es umso wichtiger, dass wir in den Hochschulen eine vollwertige Mahlzeit in der Mensa zum vernünftigen Preis anbieten können, also tatsächlich den Fokus auf die öffentliche Infrastruktur und die Versorgung zu setzen, und nicht zu sagen, wir lassen die Hochschulen im Stich, die nicht mehr heizen können, und dann ist es dort kalt. Das dürfte nach Corona erhebliche weitere Schäden in den Bildungsbiografien verursachen, gerade bei denjenigen, die es am nötigsten haben. Insofern ist die Frage, was wir jenseits von Geld rechtlich tun können. Was können wir noch an Forschung fördern, um Sie bei Ihren Bestrebungen zu unterstützen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke! – Als Nächstes ist Frau Pieroth an der Reihe.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Da schließen wir Grünen uns Frau Czyborra komplett an. Wir haben das bei unserer letzten Ausschussreise in Helsinki gesehen. Da hat mich besonders beeindruckt, dass in dieser fantastischen Bibliothek im Eingangsbereich auch Möglichkeiten für Wohnungs- und Obdachlose, die vielleicht ein Buch lesen, vorgesehen sind und es da warm ist. Genauso habe ich das in diesem Hitzesommer in anderen Ländern erlebt, wie klimatisierte Räumlichkeiten öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Da müssen wir noch viel besser werden.

Frau Lurati! Ich beziehe mich wie immer ein bisschen mehr auf den Krankenhaus- und Versorgungsbereich. Wir wissen alle, dass ein Bett einen höheren Bedarf hat als ein Einfamilienhaus. Das sind bombastische Verbrauchskosten. Da würde ich Sie bitten, das zu bestätigen – möglichst unserem Finanzsenator, aber auch dem Bund. Ich habe gerade gesehen, dass Niedersachsen als Land 40 Millionen Euro gibt, um einen entsprechenden Rettungsschirm aus dem Bund einzufordern. Ich habe gerade das Ärzteblatt von 2014 aufgerufen – ich bin auch an Green-Hospital-Anträgen dran, seitdem ich hier unterwegs bin. Sie liegen genau richtig. Ich würde es ganz toll finden, wenn da eine Rechnung vorliegt. Ich zitiere mal: Ersatz Halogenleuchtmittel durch LED bei einem mittleren Krankenhaus: 11 000 Euro, Einsparung ca. 8 000 Euro pro Jahr, Amortisationsdauer ca. 1,4 Jahre.

Das Gleiche wurde für raumluftechnische Geräte berechnet. Da haben Sie, Frau Gote, beschrieben, wie die Situation ist. Das ist nicht nur am Campus Benjamin Franklin so. Im Virchow gibt es Bauten, da sind Patientinnen und Patienten wenn sie nicht ihren eigenen Ventilator mitbringen, 30 bis 35 Grad Celsius Raumtemperatur ausgesetzt. Ich glaube, das ist nicht besonders heilungsfördernd. Wenn man da eine Rechnung aufsetzt, wie viel in welchem Zeitraum eingespart werden kann, ist das, glaube ich, auch für einen Finanzsenator machbarer. Hier werden als Drittes Blockheizkraftwerke und Heizwärme und Stromerzeugungsrechnungen aufgestellt. Wenn man das vielleicht für andere medizinische Geräte macht, damit nicht immer im Raum steht, was eine Neuanschaffung eines MRT-Geräts ausmachen könnte, dann stehen wir vor klaren Zahlen.

Dann habe ich noch eine Frage an Sie, Frau Lurati, wie wir das in der Kommunikation insgesamt mit Mitmachengagement, Eigenverantwortung und gesteuerten Regulierungen schaffen. Wir haben heute schon darüber gesprochen, wie wir einsparen. Dann komme ich in mein Büro, und dann sind da 25 Grad. Das liegt irgendwie an der Hausanlage, aber nicht jeder ist so unterwegs wie ich, und geht zur Geschäftsstelle, und das geht dann weiter an den Präsidenten usw. Wie bekommen wir da eine Vereinbarung, dass wirklich jeder und jede mitmacht und wir irgendwann auch Entscheidungen treffen müssen, wie wir regulieren?

Vorsitzende Franziska Brychcy: Nun ist Herr Grasse an der Reihe!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Die Lage ist dramatisch. Das ist keine überraschende Erkenntnis, aber es verdeutlicht noch einmal die Situation an den Hochschulen. Insoweit danke ich Ihnen allen, die Sie hier sind und sich auch digital zugeschaltet haben. Ich will für die CDU-Fraktion deutlich sagen, dass die Hochschulen offenbleiben müssen. Es gilt das Primat der Präsenz, wie Herr Prof. Busch gesagt hat, dem schließe ich mich vollumfänglich an. Wir müssen ausschließen, dass es für die Berliner Studierenden ein weiteres Onlinesemester geben wird. Die Energiekosten steigen nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für die Studierenden selbst. Daher unterstützen wir sie auch, wenn die Hochschulen offenbleiben – Frau Czyborra hat das ausgeführt; auch dem schließe ich mich an. Das gilt übrigens nicht nur für den Lehrbetrieb, sondern auch für die Sozialberatung, die Kitabetreuung und die Mensen. Die müssen offenbleiben, damit wir auch dort das Angebot für die Studierenden haben.

Ich danke den Anzuhörenden für die aufgezeigten Einsparmaßnahmen. Vielen Dank für das Engagement, dass Sie aufbringen, um sich gegen die Kostensteigerungen zu stemmen! Das ist alles sehr gut und hilfreich, wahr ist aber auch: Energiesparen ist nicht neu. Es ist nicht so, dass in der Vergangenheit verschwenderisch mit der Energie umgegangen worden ist. In der Vergangenheit ist schon viel geschehen, was Herr Wanke gesagt hat. Energieeffizienzanalysen, die Frau Lurati angesprochen hat, sind sicherlich geeignet und sinnvoll. Die Situation an der Charité als Krankenhausbetrieb ist noch einmal anders als an den Hochschulen. Die teilweise hohen Steigerungen im Energieverbrauch haben auch etwas mit dem baulichen Zustand zu tun. Der Sanierungsbedarf ist riesengroß, wie wir alle wissen, und im Grunde sorgen die steigenden Energiekosten dafür, noch dringender das Thema anzugehen und einen Plan zu entwickeln, ein Konzept zu entwerfen, das Prioritäten festlegt. Der Sanierungsbedarf beträgt mittlerweile 6 Milliarden Euro. Das Wachstum ist angesichts der Baupreise, Inflation und der Energiepreise exponentiell. Jede Teuerung auf dieser Seite schränkt die Handlungsspielräume für den Wissenschaftsbetrieb ein. Deswegen müssen wir gegensteuern, weil uns sonst die Kosten über den Kopf wachsen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Dann ist Herr Trefzer an der Reihe.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie uns die Energieeinsparbemühungen in ihren Einrichtungen erläutert haben! Ich muss ganz ehrlich sagen, dass bei mir die Zweifel, wie realistisch dieses Einsparziel von 10 bis 15 Prozent ist, durch die Anhörung nicht geringer geworden sind. Es macht schon ein bisschen stutzig, Herr Busch, wenn Sie sagen, dass Sie seit Jahren einen intensiven Energiesparprozess verfolgen und können jetzt eben mal innerhalb von wenigen Monaten 20 Prozent Energie Einsparungen

aus dem Ärmel schütteln. Herr Wanke hat es eigentlich angesprochen – ich nehme an, dass es in allen Häusern so ist –, dass bereits in den letzten Jahren massiv Energie eingespart wurde. Sie haben auf Ihre 30 Prozent Energieeinsparung zu Recht verwiesen und haben gesagt, alle jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen hätten Sie bereits umgesetzt. Dann haben Sie euphemistisch hinzugefügt, dass vor diesem Hintergrund die 10 bis 15 Prozent eine sehr große Herausforderung seien.

Ich glaube, der Schlüssel zu dieser Frage ist das, was Sie, Frau Lurati, gesagt haben, dass es an Investitionsmitteln um solche nachhaltigen Energieeinsparungen umsetzen zu können. Natürlich müssen ganz viele Systeme umgestellt, Geräte ausgetauscht und Software neu angeschafft werden, um das zu realisieren. Das kann man nicht einfach aus dem Ärmel schütteln. Es gibt ganz viele Restriktionen, die nicht erlauben, diese Energieeinsparmaßnahmen umzusetzen, sei es energieintensive Forschung, Reinraumforschung, komplexe Kühlsysteme, die man nicht einfach verändern kann; denken Sie an denkmalschutzrechtliche Aspekte. Nicht jedes Gebäude kann runtergefahren werden, auch arbeitsrechtliche Aspekte spielen eine Rolle; denken Sie an die Arbeitsstättenverordnung und was da drinsteht. Nicht jeder mit Rheuma kann in einem auf 19 Grad Celsius heruntergekühlten Raum arbeiten.

Ich bin sehr skeptisch ob dieses Einsparziel wirklich realistisch ist. Das sage ich auch in Richtung des Senats. Vor diesem Hintergrund würde ich Sie fragen, wie Sie sich den Inflationsausgleich vorstellen, den es, glaube ich, geben muss. Da sind wir uns alle einig. Die 3,5 Prozent Anstieg sind verplant. Das ist vor dem Hintergrund steigender Kosten in allen anderen Bereichen – steigende Baukosten, steigende Löhne etc. – vollkommen klar. Wie soll das Ihres Erachtens umgesetzt werden? Soll der Senat für ein Inflationsausgleichprogramm für die Hochschulen Geld in die Hand nehmen? Wie könnte das aussehen und welche Größenordnung würde Ihnen vorschweben? Das würde mich mal interessieren. Dann weitergedacht: Was für Schlussfolgerungen ziehen Sie aus der aktuellen Energiekrise für die vor uns liegenden Hochschulvertragsverhandlungen? Da ist auch die Frage, welche Größenordnungen Sie anstreben. Da sind die 3,5 Prozent sicherlich die Unterkante. Ich kann mir gut vorstellen, dass Sie über ganz andere Zahlen nachdenken. Hat sich das schon nachhaltig sedimentiert oder gehen Sie davon aus, dass ich das alles wieder normalisiert?

Es ist schon so – wenn ich noch einmal auf dieses Thema Forward-Preise zurückkommen darf –, Herr Schulze, dass sich die Forward-Preise jeden Tag wieder ändern können. Die Forward-Preise für Gas sind beispielsweise nur noch halb so hoch, wie vor einigen Wochen. Mich hat ein bisschen gewundert, Frau Lurati, als Sie sagten, sie hätten für 2022 und 2023 kontrahiert, müssten dann aber einer Gasmangellage damit rechnen, dass diese Verträge nicht mehr gültig seien. Nach meinem Kenntnisstand bezieht sich das auf normale Lieferverträge, wo die Preise automatisch angepasst werden. Wenn Sie aber ganz normal am Energiemarkt kontrahiert haben, also Futures- und Forward-Geschäfte gemacht haben, sind diese Verträge fix. Da müssen Sie keine Sorge haben, dass Ihnen die Sachen 2023 um die Ohren fliegen. Das ist mein Kenntnisstand, aber vielleicht korrigieren Sie mich da oder präzisieren das an der Stelle. Die Hauptfrage wäre, welche Bitten, welche Vorstellungen Sie haben, was die Politik jetzt machen kann.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Nun haben wir noch Herrn Wolf.

Christian Wolf (FDP): Vielen Dank! – Ich will es auch gar nicht lange machen. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Herr Busch gesagt hat, dass er für das neue Gebäude ein Plusenergiehaus anstrebt; das ist sehr löblich. In dem Zusammenhang noch einmal die Frage zum Zuse-Zentrum: Wenn da ein Rechenzentrum reinkommt, dann könnte man da noch etwas mit der Abwärme des Rechenzentrums machen. Da kann ein noch größeres Plus entstehen.

Ich habe eine Frage an Frau Lurati – das Thema Blackout ist in den KRITIS-Runden ein Thema –, ob das Thema Gasmangellange entsprechend geplant ist und Vorsorge getroffen wird. Des Weiteren haben wir das Problem der Zulieferer, dass zum Teil Caterer oder Wäschereibetriebe, die die Wäsche für das Krankenhaus liefern, kein geschützter Bereich sind, da sie nicht zur kritischen Infrastruktur gehören, und inwieweit diese betroffen wären, wenn es zu Abschaltungen im Gas-Bereich käme. Wir hatten im Wirtschaftsausschuss eine Wäscherei aus meinem Wahlkreis gehabt, die sagte, sie seien nicht geschützt und haben entsprechende Probleme, ihre Kunden mit steriler Bettwäsche etc. zu beliefern. Das wäre ein Thema und inwieweit Sie sich in den KRITIS-Stäben auf die Gasmangellagen vorbereiten und was der Stand wäre. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Dann kommen wir in die Antwortrunde. Sie haben die große Aufgabe, die ganzen Fragen und Anregungen der Abgeordneten zu beantworten, möglichst in fünf Minuten. Wir würden wieder in gleicher Reihenfolge vorgehen. Herr Prof. Dr. Busch, danach Frau Lurati, Herr Wanke und zum Schluss Frau. Prof. Dr. Rauch, wenn das für Sie okay ist. – Herr Prof. Dr. Busch, Sie haben das Wort!

Dr. Carsten Busch (Präsident HTW Berlin): Vielen Dank, für diese Herausforderung, vor der wir alle gemeinsam stehen! Ich fische ein paar Punkte raus und gehe davon aus, dass noch genügend Fische für die Kolleginnen und Kollegen an den Bildschirmen und neben mir sitzend übrigblieben.

Die Akzeptanz wird davon abhängen, wie auch in der Coronazeit, dass wir rational und pragmatisch bleiben und dass wir deutlich machen, dass wir versuchen, alle mitzunehmen und nicht auf Kosten einzelner Mitglieder von Hochschulen oder auf Kosten von Schwächeren das Ganze zu lösen versuchen. Das grundsätzliche Statement haben wir dazu abgegeben, und ich hoffe, man nimmt uns das auch ab. In der Umsetzung wird das nicht einfach. Ich glaube, dass vielleicht schon aus unseren Ausführungen deutlich geworden ist, dass es Stufenpläne und Prioritäten geben wird.

Das, was wir derzeit machen, ist umsetzen, was uns der Bund vorgibt. Das sind die höchstens 19 Grad Celsius und dann noch ein paar dazugehörige Maßnahmen mit Leuchten usw. Übrigens kann man daraus, wenn man die 19 Grad Celsius und die alte Arbeitsstättenverordnung mit mindestens 20 Grad Celsius nimmt, relativ leicht berechnen, dass wir trotz vieler Anstrengungen der letzten Jahre sehr wohl in der Lage sind, 10 Prozent und mehr zu schaffen. Wenn man vorher über 20 Grad hatte und jetzt maximal 19 Grad, dann bekommt man das relativ hin. 10 Prozent von 20 Grad sind 2 Grad. Diese Differenz machen wir. Wenn noch ein bisschen dazu kommt, schaffen wir das. Trotzdem haben Sie recht, das ist eine Anstrengung. Ich glaube, das ist ein Teil der Aussage, der drinsteckt. Wir haben hier eine Anstrengung, aber wir werden diesen Teil schaffen.

Trotzdem werden wir im Rahmen von Stufenplänen das eine oder andere überlegen. Hier würde ich kurz ein paar Stichworte nennen, ohne dass ich sage, dass es so sein wird, aber die Überlegungen sind eigentlich relativ einfach. Ich lasse das Thema Leben retten beiseite, darüber wird die Kollegin von der Charité etwas sagen; das ist selbstverständlich. Für ein Haus wie meines wird es darum gehen, dass wir Infrastruktur aufrechterhalten, dass dort, wo Gefahrensituation durch Kühlen oder zu starkes Auskühlen in Laboren und Ähnliches vermeiden, wo wir Gesundheit gefährden, auch das kann bei uns vorkommen, wenn wir zu weit run-

tergehen. Dann wird es an Punkte kommen, wo wir sagen, hier geht es nicht mehr mit graduellen Maßnahmen, sondern wir müssen ganze Gebäudekomplexe in den Blick nehmen. Nur dann bekommen wir noch einmal richtige Mengen geschafft. Das ist in dem Beitrag der Kollegin Rauch erkennbar geworden. Wenn man darüber nachdenkt, über die Weihnachtszeit ganz dicht zu machen, hat man einen ordentlichen Hieb, den man schafft. Bei uns ist das so wieso seit Jahren aus anderen Gründen, die jetzt nicht hierher gehören, der Fall, ich glaube, an anderen Häusern der Stadt auch. Es kann auch andere Zeiten geben, zum Beispiel in der vorlesungsfreien Zeit von Mitte Februar bis Mitte März, wo nicht ganz so viel los ist und wo man nicht ganz so viel kaputt macht, wenn man da ganze Häuser dichtmacht.

Trotzdem ist das eine der Maßnahmen, die wir erst als Letztes machen werden. Das ist der Punkt von Stufenplänen und dieser Art von Priorisierung. Das, was vorgegeben ist, und das, was wahrscheinlich mit leichten Ungemütlichkeiten machbar ist und dann die Dinge anzugehen, die richtig schmerzhaft sind und dann zu schauen, dass man möglichst wenig Schaden dabei anrichtet. Das müssen wir für jedes Haus – damit meine ich jedes Gebäude – und für jede Institution einzeln und doch untereinander abgestimmt machen, damit hier Klarheit herrscht.

Ich würde noch einmal aufgreifen und dafür danken, dass die Senatsverwaltung wie in der Coronazeit koordinierend tätig ist, und den Kolleginnen und Kollegen der anderen Hochschulen danken. Wir haben in den letzten Jahren geübt, wie wir gemeinsam ein Eckpunktevorgehen schaffen, das einerseits deutlich macht, so gehen wir mit der Verantwortung für unsere Mitglieder und für die Stadt um, und trotzdem an bestimmten Stellen die Spielräume lassen, die beispielsweise die bildenden Künste im Unterschied zu einem medizinischen Labor usw. brauchen; Sie können sich das vorstellen. Genau das werden wir auch machen müssen, und dann bekommen wir das auch in; dann nehmen wir die Leute mit. Wir werden dann immer noch schauen müssen – wir nennen das seit der Coronazeit so –, wo es vulnerable Gruppen gibt, also welche besonders gefährdet oder auf die wir uns besonders konzentrieren müssen, damit ihnen nichts passiert. Das werden wir auch tun. Das tun wir im Alltagsbetrieb, das haben wir in der Coronazeit getan, und das werden wir auch dann tun, wenn die Energie knapp ist. Das ist aber auch nichts Neues, es ist nur ein neuer Anwendungsfall, auch wenn das jetzt ein bisschen banal klingt. Wir werden das schaffen.

Herr Förster! Ich glaube, Sie haben mir den Brocken herübergeworfen, ob wir in der Coronazeit nicht gespart hätten. Natürlich sind bestimmte Ausgaben nicht getätigt worden, aber wie Sie wahrscheinlich aus anderen Konstellationen wissen, haben wir an den Hochschulen gleichzeitig sehr viel investiert und zusätzlich ausgegeben. Das Spektrum reicht von der psychologischen Beratung für Studierende und Personal bis hin zu jeder Menge Geld, das wir für die Digitalisierung ausgegeben haben. Wenn man das gegeneinander rechnet, werden Sie sehen, dass wir weder auf großen Überschüssen sitzen, noch total ins Minus gegangen sind. Dafür ist die Aufsicht, unter der wir stehen, viel zu eng und die Transparenz, die wir als Häuser pflegen, viel zu klar. Das können Sie jederzeit überall nachschauen.

Ich komme zu dem Thema Sanierung und Energie. Ich glaube, das gilt für alle, und ich hoffe, dass insbesondere die Kollegin Rauch es bestätigen wird; sie hat es in ihrem Beitrag schon angesprochen. Ich kann mir keine Hochschule vorstellen – übrigens schon nicht vor zwei Jahren –, die sagt: Wir machen ein altes Gebäude neu, oder wir bauen ein neues, und dann machen wir es so, dass es mehr Energie braucht als vorher. – Komischerweise hat niemand von

uns diesen Plan gehabt. Sie werden in den Bau- und Investitionsplänen der Berliner Hochschulen, egal welcher, keine einzige Maßnahme finden, wo sinnlos mehr Energie verbraucht wird. Wir haben immer vor Augen, dass wir Energie einsparen. Das, was jetzt ansteht, ist, dass wir überlegen, ob wir, eventuell gemeinsam mit dem Senat und vielleicht mit Bundeshilfe, eine Anstrengung machen, bestimmte Investitionen vorzuziehen oder zu fokussieren, wo wir sagen, hier können wir schnell etwas erreichen. Das könnte durchaus Sinn geben. Ich glaube, Sie werden in den Hochschulen sehr viele Bündnispartner finden, wenn wir das machen, bis dahin, dass wir wahrscheinlich irgendwo ein paar Kröten bei uns finden, um das zu beschleunigen, weil wir da selbst einen Druck haben. Dann wird ein Schuh draus, und dann haben wir einen Anreiz, das zu erledigen. Es gibt aber auch die Frage, was jetzt schnell wirkt und was ein bisschen länger dauert.

Ich kann Ihnen mal ein, zwei Dinge sagen, die ein bisschen länger dauern und vielleicht auch gar nicht umsetzbar sind. Eines ist die Veränderung der Semesterzeiten. Aus irgendeinem historischen Zufall, den ich nicht mehr rekonstruieren kann, haben wir Semesterzeiten genau in der heißesten Zeit des Jahres, wo wir kühlen müssen, damit die Leute es jetzt, unter den veränderten Klimabedingungen, noch aushalten, und im Winter, in den kältesten Zeiten, wo wir heizen müssen. Man könnte auch überlegen, dass wir das ein bisschen schieben, allerdings werden wir dann ziemlich viele soziale Probleme haben, mal angefangen mit der Urlaubsplanung von Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem ist das eine Sache, die mittelfristig denkbar wäre, um bestimmte Entlastungen zu schaffen, wenn wir in die gemäßigten Zeiten gehen. Nicht das ich das für meine Hochschule sofort sagen würde. Da bekomme ich eine Menge Ärger, das weiß ich, aber das ist auffällig. Wir sind in der heißesten und in der kältesten Jahreszeit in unseren Gebäuden.

Auch unsere Verträge – das ist an verschiedenen Stellen angedeutet – in denen wir als Häuser sind: Wir sind in Verträgen, in großen, langfristigen Verträgen, und in Bindungen. Die waren unter den Bedingungen, als sie abgeschlossen worden sind, sicherlich rational. Ich glaube aber nicht, dass diese Verträge diese Konstellation, in der wir jetzt sind, vorwegnehmen konnten und berücksichtigt haben. Es könnte sein, dass wir die Unterstützung der Politik und des Senats brauchen, um einige Verträge noch einmal anzufassen und zu sagen: So geht es auch nicht liebe Leute! – Hier müssen wir gemeinsam schauen, wie das geht. Es kann sein, dass man aus Verträgen rausgeht, dass man Deckelungen einführt usw. Da gibt es verschiedene Maßnahmen, die denkbar sind, und wir werden die Politik brauchen. Wenn wir nur einzeln als Verbrauchsinstitution sind, selbst wenn wir so stark sind wie die Charité, kommen wir an unsere Grenzen.

Ich habe noch ein, zwei Punkte, und dann würde ich weiterreichen. Der wichtigste, den ich noch habe, ist das Thema was wir mit den 3,5 Prozent, Inflationsausgleich etc. machen. Wir haben als Hochschulen schon vor der Energiekrise, vor dem Krieg in der Ukraine deutlich gemacht, dass 3,5 Prozent Steigerung real ein Verlust sind, dass das Sparhaushalte sind. Das ist ein bisschen blöd zu kommunizieren, weil jeder sagt, dass 3,5 Prozent plus doch 3,5 Prozent plus sind. Das sind sie auch, und wir sind um jeden Prozentpunkt vor und hinter dem Komma froh, aber real war vorher schon erkennbar, dass durch verschiedene Faktoren das Ganze eher ein Sparhaushalt ist, nur nicht ganz so stark gespart wie vielleicht an anderen Stellen der Stadt. Das ist der eigentliche Punkt.

Was kann man tun? – Bitte, bitte die 3,5 Prozent mindestens halten, und dann schauen, was wir noch machen können. Hier sind ein paar Punkte erwähnt worden, die als Teil der 3,5 Prozent schon unter dem vorherigen Senat enthalten waren und die uns jetzt zu schaffen machen. Das sind, dass wir den Anstieg der Pensionslasten aus den Hochschulhaushalten und den 3,5 Prozent Mittelsteigerungen selbst zahlen und dass wir den Anstieg von Tarifsteigerungen im Beschäftigtenbereich selbst zahlen. Alleine das erste Jahr des laufenden Hochschulvertrags ist komplett aufgeessen worden, weil die Tarifsteigerungen in dem Jahr über 3,5 Prozent lag, die nicht wir, sondern andere verhandelt haben. Dasselbe gilt bei einigen anderen Punkten auch, wo wir selbst keinen Einfluss haben, aber mit den paar 3,5 Prozent komplett in die Haftung genommen werden. Da zu sagen, diese Dinge rauszugeben – nicht von heute auf morgen, aber nach einer Übergangszeit –, dass der Senat hier reingeht, so wie es in anderen Bundesländern üblich ist, würde uns helfen. Wenn wir im Rahmen der Hochschulverträge in einen Mechanismus einsteigen, der diesen Transfer ermöglicht, dass wir aus Kosten rauskommen, die wir selbst nicht beeinflussen können, die uns aber dann die Spielräume rauben, wenn Unvorhergesehenes eintritt, wäre eine große Hilfe und würde uns nur dem ähnlich stellen, was andere Bundesländer schon längst praktizieren. Diesen Mechanismus würde ich gerne noch einmal betonen, und den werden wir und haben wir zum Teil schon in den Hochschulverträgen angesprochen. Es gibt dazu ein externes Gutachten, das uns in dieser Richtung unterstützt. – Das würde von meiner Seite ausreichen. Ich glaube, es ist noch genügend für die anderen übriggeblieben. Danke!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke! – Dann ist Frau Lurati an der Reihe.

Astrid Lurati (Vorstand Finanzen und Infrastruktur Charité – Universitätsmedizin Berlin): Vielen Dank! – Dann übernehme ich mal und beginne der Reihenfolge nach. Zu Ihren Punkten, Herr Förster: Sie haben nach der breiten Akzeptanz gefragt, aber im Prinzip haben Sie sich die Antwort schon selbst gegeben: so divers wie die Welt, so divers die Charité. Die Ansichten zu den politischen Entscheidungen im Hinblick auf Energiepolitik sind sehr heterogen. Was bei all dem tatsächlich Vorrang hat, ist die Sorge unserer Beschäftigten was ihre Arbeitsmöglichkeiten betrifft. Je mehr Aufwendungen wir betreiben müssen, um die Energieversorgung sicherzustellen, desto weniger Mittel bleiben für die Dinge, die dringend erforderlich sind, übrig, insbesondere Instandhaltungsmaßnahmen, die, wie Sie wissen, aus dem konsumtiven Bereich bestritten werden müssen.

Sie fragten nach den LED-Kosten. Natürlich ist es so, dass das nicht von heute auf morgen umgesetzt wird. Wir werden aber auch nicht vereinzelt mal hier, mal dort etwas austauschen, sondern wir gehen systematisch vor. Wir haben einen Plan, sodass wir uns im Grunde genommen Stück für Stück voran arbeiten. Das wird sicherlich nicht in diesem Jahr abgeschlossen sein. Wir haben aber auf jeden Fall damit angefangen. Das, was ich Ihnen als Größenordnung skizziert hatte, betraf das Gesamtvolumen, wenn wir es flächendeckend umsetzen.

Die Digitalisierung für das Energiemanagement ist wünschenswert, aber wie ich eben schon sagte, unsere Gebäude sind unterschiedliche Jahrgänge, zum Teil sehr alt, die Infrastruktur in diesen Gebäuden ebenso. Eine Digitalisierung würde voraussetzen, dass man erst einmal alle technischen Anlagen auf einen Stand bringt und das über alle Gebäude. Da kommen wir wieder zu dem Punkt, den ich mehrfach gestresst habe, dass wir dafür entsprechende Investitionsmittel benötigen. Technisch wäre das alles machbar, aber man muss entsprechende Umrüstkosten investieren, und die haben wir nicht in dem Umfang.

Der Vergleich mit anderen Unikliniken ist nicht so trivial zu beantworten. Sie wissen alle, dass wir in Deutschland Standorte haben, die sehr modern aufgestellt sind, weil sie gerade sehr umfangreiche Investitionsprogramme zur Erneuerung ihrer Standorte bekommen haben. Ich selbst bin im Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, was in den letzten Jahren zwei komplett sanierte Standorte – Kiel und Lübeck – bekommen hat. Dort sind die zusätzlichen Energiebedarfe nicht in dem Umfang wie in die Charité, weil sie schon in der Bauplanungsphase entsprechende energetische Maßnahmen berücksichtigt haben. Insofern ist das immer in Abhängigkeit davon zu sehen, wie viele Investitionsmittel das jeweilige Land für die Sanierung der Gebäude innerhalb der einzelnen Standorte bereitgestellt hat. In Abhängigkeit davon sehen Sie mehr oder weniger Energiekosten.

Zu den Vorreden kann ich sagen: Klar, wir haben das, was wir tun können, gemacht. Wir haben für unsere Blockheizkraftwerkanlage die entsprechenden Bedarfe gekauft. Wir haben unser Notstromlager bis an die Decke mit Öl gefüllt, aber – und das gehört zur Wahrheit dazu – wenn der Strom ausfällt, reicht diese Notstromanlage vielleicht für 24 Stunden, um unsere Strombedarfe zu sichern. Wie gesagt, das ist ein Notstrom, der nur angedacht ist, vorübergehende Versorgungsengpässe zu kompensieren.

Zu dem Punkt der Dienstreisen haben wir, glaube ich, das gleiche Verständnis. Ich möchte das auch richtig verstanden wissen. Wir wollen das auch, weil wir das für erforderlich erachten, aber trotzdem möchten wir bei allen Beschäftigten einen verantwortungsvollen und bewussten Umgang damit haben, aber selbstverständlich halten wir das für erforderlich.

Herr Schulze! Ihnen bin ich sehr dankbar für die Klarstellung, dass die 3,5 Prozent Zuschusssteigerung nicht für die zusätzlichen Energiekosten verwendet wird. Herr Prof. Busch hat es schon gesagt, wofür diese Steigerung verwendet wird. In unserem Fall kommen noch neue Studiengänge dazu, die ebenfalls finanziert werden müssen. Sie alle wissen, dass wir auch eine neue Approbationsordnung der Zahnärzte haben. Diese ist in diesem Bundesland leider noch nicht finanziert. In anderen Ländern gibt es für die zahnärztliche Approbationsordnung bereits Kompensationsmittel. All das müssen wir aus einem Landeszuschuss, der mit 3,5 Prozent anwächst. Wenn wir das mal im historischen Kontext vergleichen, dann werden wir feststellen, dass wir absolut und real gesehen hier auf einem Niveau von vor über – Herr Pries, unser Dekan, zeigt immer die Folien – einer Dekade sind, dass wir im Grunde seitdem real kaum gesteigert worden sind.

Wir haben einen Sanierungsfahrplan für energetische Sanierungen. Ich hatte Ihnen gesagt, dass wir im Moment alle Gebäude analysieren. Dazu haben wir sehr klare Vorstellungen, was zu tun wäre, aber auch hier – ich wiederhole mich – ist es erforderlich, dass wir entsprechende Investitionsmittel erhalten.

Einsparmöglichkeiten in der Krankenversorgung sind nur in begrenztem Umfang möglich. Wir haben besondere Hygienebedingungen wie Händewaschen, die wir erfüllen müssen. Das muss man mit Warmwasser tun. Wir betreiben entsprechende Lüftungsanlagen, Wärme in den Patientenzimmern, und, und, und. Ich kann es nicht im Detail ausführen. Nicht zuletzt haben wir auch zusätzliche Coronahygienebestimmungsmaßnahmen, die auch Energieverbräuche mit sich bringen. Letztlich kann ich sagen, dass es hier nur begrenzt möglich ist. Gleichwohl ist uns ein anderer Umstand, der sehr bedauerlich ist, aber der Realität entspricht, hier ein

bisschen entgegengekommen. Wir haben durch den Personalmangel im Pflegebereich die Situation, dass wir in diesem Jahr nicht die Leistung in dem Umfang erbringen können, wie wir sie geplant hatten. Das heißt, unsere Bettenbelegung ist nicht in dem Ausmaß vorhanden, wie es sein sollte. Das hat uns dazu gebracht, gemeinsam mit der Pflege und den Personalräten zu überlegen, wie man Stationen verdichten kann, um einmal das Pflegepersonal in ihrer Versorgungsleistung zu entlasten und gleichzeitig ganze Bereiche freizuhalten. Dort kann man, was die Energieverbräuche betrifft, Einsparungen realisieren. Das ist aber eigentlich nicht der gewünschte Zustand. Uns wäre es lieber, dass wir alle Betten betreiben könnten.

Frau Czyborra! Sie haben das Thema der Investitionen in Hochschulgebäude erwähnt. Das ist etwas, was dringend erforderlich ist; das wiederhole ich immer. Das haben wir in dem Kontext schon mehrfach erwähnt. Ich möchte daran erinnern, dass wir 2015 eine Klimaschutzvereinbarung geschlossen haben und die darin definierten Ziele bereits heute erreicht haben. Die Charité ist nicht erst seit gestern unterwegs, nachhaltig zu wirtschaften, sondern wir sind uns dessen sehr bewusst, und wir machen das nicht nur, weil wir Kosten sparen wollen, sondern weil es das Selbstverständnis der Charité und aller Beschäftigten ist, einen Beitrag zur Umwelt und zum Klimaschutz beizutragen und mit dafür zu sorgen. Insofern wollen wir die Klimaschutzvereinbarung auch, was uns betrifft, ist das unser eigener Anspruch, regelmäßig übertreffen, wenn wir weitere Folgeverträge abschließen.

Eines muss man auch sagen: Die zusätzlichen Energiekosten führen, sofern wir sie zum Teil selbst zahlen müssen, dazu, dass uns an anderer Stelle – das sagte ich eben schon – die Mittel für Instandhaltungsmaßnahmen fehlen, die auch zu einer Verbesserung der Gesamtsituation führen können. Das ist eine sehr schwierige Abwägung, welche Strategie man verfolgt. Wir merken leider regelmäßig, dass die maroden Zustände unserer Infrastruktur wenig Spielraum lassen und wir alles, was wir an Mittel zur Verfügung haben, besser da reinstecken, um präventiv weitere Energieverbräuche zu vermeiden, aber richtig kompensieren lassen sich die gestiegenen Kosten nicht.

Sie sprachen auch das Thema Energiemaßnahmen versus Baurecht an. Im Moment steht uns das Baurecht gar nicht so dramatisch entgegen. Die Denkmalpflege ist eher ein Thema. Wir wollten auf dem Campus Benjamin Franklin die größte Fotovoltaikanlage zusammenhängender Art in Berlin installieren. Da gab es ein paar bautechnische Themen, aber auch Diskussionen mit der Denkmalpflege, am Ende hat die Denkmalpflege ihre Zustimmung erteilt. Wir sind also auf dem Weg dahin, das umzusetzen. Leider brauchen solche Prozesse, gerade wenn man etwas neu macht, immer besonders lange.

Was wir auch andenken, wäre – das ist noch etwas, was sich erst in der weiteren Zukunft verwirklichen ließe, aber wo wir sicherlich politische Unterstützung hier im Land bräuchten – wie wir unsere Wasserzugänge für Logistik und Transporte nutzen können. Sie wissen alle, unsere klinischen Standorte sind wassergelegen. Wir nutzen diese Wasserstraßen noch nicht, aber es wäre durchaus vorstellbar, sie in der Zukunft zu nutzen. Wir erarbeiten derzeit Konzepte dazu. Wenn das so weit wäre, dann bräuchten wir da politische Unterstützung und wären dankbar, wenn Sie das tun würden.

Frau Pieroth! Hitze und Kühlung: Wir haben im Sommer ständig, das Thema kennen Sie, eine Hitzeüberlastung, die Kühlung erfordert. Die Rechnung, die Sie dazu berechtigterweise erbeten haben, liefern wir gerne nach, auch was die Investitionskosten von Kühlungsanlagen, und

Medizintechnik usw. betrifft; das können wir gerne machen. Das Blockheizkraftwerk, das wir führen, ist ein Energieversorger an unserem Standort Virchow-Klinikum. Die anderen Standorte, Mitte und Benjamin Franklin, werden mit Fernwärme versorgt. Wir konnten mit diesem Blockheizkraftwerk, das wir damals errichtet haben, steuerliche Förderprojekte in Anspruch nehmen; das wurde dann leider wieder rückgängig gemacht. Die reduzierte EEG-Umlage wurde rückwirkend angehoben, was zu zusätzlichen Aufwendungen geführt hat. Im Sommer hatten wir die Situation, dass wir aufgrund der geringeren Energiebedarfe durch den warmen Sommer in der Lage waren – ein Blockheizkraftwerk verstromt Gas, und dadurch brauchten wir im Sommer weniger Gaszukäufe –, unsere Gaskapazitäten zu veräußern und ein kleines Arbitrage-Geschäft zu machen. Wir haben die Bedarfe an Strommengen eingekauft. Wir sehen es aber so, dass das eine Gelegenheit war, aber es ist keine Strategie, die wir verfolgen. Wir wollen unser Blockheizkraftwerk weiter betreiben. Dafür werden wir weiter Gas beziehen müssen. Und wir – das beantwortet vielleicht auch Ihre Frage, Herr Wolf, noch zum Schluss – als Charité gehören zur kritischen Infrastruktur, und insofern sind wir eines der letzten Unternehmen, die bei etwaigen Verknappungen von Gas betroffen sein werden. Wir gehen erst einmal nicht davon aus. Die Gasmengen sind in den Bedarfsmengen, wie wir sie brauchen, gesichert. Wenn der Worst Case eintreten sollte, werden wir sicherlich über die Schließung von einzelnen Bereichen nachdenken müssen. Das ist aber wirklich ein Katastrophenszenario, von dem wir erst einmal nicht ausgehen. Gleichwohl machen wir uns dazu Gedanken, wie es dann aussehen könnte.

Die Frage zur Kommunikation: Frau Pieroth, wenn Sie in unser Intranet schauen, sehen Sie, dass wir einen Appell an alle Beschäftigten gesetzt haben, zu partizipieren. Wir haben eine Mitmachmöglichkeit etabliert. Dort können Beschäftigte Ideen platzieren, und wir honorieren diese Ideen. Die Reaktionen auf diese Mitmachaktionen sind gigantisch. Die Ideen, die gebracht werden, zeigen einmal mehr, wie viele Gedanken sich alle Beschäftigten machen, weil sie gemeinsam an diesem Ziel mithelfen wollen. Wir haben den Claim, wie Sie alle wissen, „Zusammen ein Ganzes“. Wir haben ihn um „zusammen nachhaltig“ ergänzt. Das ist etwas, was über die Appellation an die Beschäftigten schon eine Wirkung entfaltet.

Vorsitzende Franziska Brychey: Liebe Frau Lurati! – Es tut mir wirklich leid, aber Sie müssten langsam zum Schluss kommen, weil wir noch zwei Anzuhörende haben, die wir anhören wollen.

Astrid Lurati (Vorstand Finanzen und Infrastruktur Charité – Universitätsmedizin Berlin): Dann will noch kurz einen Aspekt erwähnen. Das war die Frage von Herrn Trefzer zum Inflationsausgleich und wie wir uns das vorstellen. Wir stellen uns das so vor – ich will keine Zahl nennen. Es geht darum, wie wir in die Lage versetzt werden, die Investitionsbedarfe, die wir haben, durch alternative Finanzierungsmöglichkeiten selbst zu finanzieren. Da sind wir gerade dabei, Finanzierungsmodelle zu entwickeln, die auch private Partizipation beinhalten. Letztlich ist es so, dass wir tatsächlich die Notwendigkeit sehen, bei der baulichen Geländeentwicklung die Umsetzung aller energetischen Maßnahmen auch baulich zu platzieren. Ich will mal das Deutsche Herzzentrum der Charité – DHZC – nennen – Frau Gote, verzeihen Sie mir das Beispiel –, wo wir diese Nachhaltigkeitsthemen in der baulichen Herrichtung adressiert haben, wo wir konkrete Vorschläge gemacht haben, und aufgrund der gestiegenen Baukosten für das DHZC werden wir aufgefordert, gerade diese klinisch nicht notwendigen Aspekte zu reduzieren. Das tut uns allen weh. Wir denken auch, dass das nicht nachhaltig und zukunftsorientiert ist. Wir versuchen, über zusätzliche Investitionsbeteiligungen von dritter

Seite am Ende diese Maßnahmen doch noch zu realisieren. Das wäre aber etwas, wo wir dankbar wären, wenn wir die Freiheit hätten, von anderer Seite strukturierte Kofinanzierungsmöglichkeiten zu bekommen.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann hören wir jetzt noch Herrn Wanke und danach Frau Prof. Dr. Rauch und sind am Schluss der Anhörung.

Andreas Wanke (Stabsstelle Nachhaltigkeit und Energie FU Berlin): Vielen Dank! – Es sind, glaube ich, ganz viele Themen angerissen und im Wesentlichen so beantwortet, wie ich sie auch beantworten würde. 3,5 Prozent Mittelaufwuchs und die Dimension an Kostenzuwächsen, die auf uns zukommen, passen nicht zusammen. Ich glaube, dass es wirklich eine Einmaligkeit ist. Das sind Kostendimensionen, die irgendwo wirklich erschreckend sind, mit denen man umgehen kann. Wenn die Hochschulen diese Kosten alleine schultern müssten, müssten andere wichtige Aufgaben im Instandhaltungsbereich zurückbleiben. Dazu ist das meiste gesagt.

Noch ein, zwei Bemerkungen von mir, einmal zur Frage der Akzeptanz: Wir gehen schon durch die Hochschule, und mein Eindruck ist schon, dass die Ernsthaftigkeit der Situation bei fast allen angekommen ist und dass auf der anderen Seite erwartet wird, dass die Maßnahmen, die eingeleitet werden, fair sind, dass die auch eine Akzeptanz finden und dass auch das Know-how vor Ort in diese Maßnahmenprogramme miteinfließt. Das ist aus unserer Sicht die Chance, die anspruchsvollen 10 bis 15 Prozent Einsparungen zu schaffen.

Gasmangellage: Wir planen das so, dass wir für Potenziale jenseits der 10, 15 Prozent versuchen, Stufenpläne zu erarbeiten, sozusagen noch einmal jeweils 10 Prozent draufzupacken. Dann ist aber auch ganz klar, dass das ohne zeitliche und örtliche Einschränkungen in allen Varianten nicht möglich ist – angefangen von einer früheren Schließzeit der Universität bis hin, dass ganze Bereiche und Gebäude rausgenommen werden müssen. Das ist eine Situation, die wir unter allen Umständen vermeiden wollen.

Vielleicht noch eine Anmerkungen aus unseren Erfahrungen: Wir führen schon seit 2012 Betriebsferien durch. Das heißt, wir schließen die Universität zwischen Weihnachten und Neujahr. Das sind mal 10, mal 14 und mal 17 Tage. Von daher wissen wir mittlerweile auch, dass wir in dieser Zeit round about bis zu 40 Prozent unserer Energie sparen können. Ein bisschen mehr im Bereich Wärme. Da geht es in den Bereich von 43 Prozent. Im elektrischen Bereich ist es rund ein Drittel Reduzierung gegenüber dem Normalbetrieb. Warum? – Weil viele Bereiche durchlaufen müssen. Alle Tätigkeiten, die mit Tieren und Pflanzen zu tun haben, müssen weitergehen und auch wichtige Laborprojekte, an denen letztlich auch immense Drittmittel und Reputationen usw. dranhängen. Das heißt, es gibt auch diese Grenze nach unten. Über diese 40 Prozent Einsparung hinauszukommen, bezogen auf die 14 Tage – wenn es kürzer ist, ist es weniger, wenn es ein bisschen mehr ist, ist es mehr –, ist aus unserer Sicht eigentlich kaum möglich. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den wir noch nicht diskutiert haben. Das variiert von Gebäude zu Gebäude. Wir haben durchaus Gebäude, die 60 Prozent liefern, aber wir haben auf der anderen Seite die Veterinärmedizin und den Botanischen Garten, wo eben nichts möglich ist. Ich glaube, im Klinikbereich ist es noch drastischer nachvollziehbar.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass das, was wir gerade erleben, eine solche Dramatik hat, dass alles, was wir bislang über Energieeffizienz gedacht haben, eine andere Bedeutung gewinnt. Das geht in die Richtung – wir betreiben auch Blockheizkraftwerke, die waren bis vor Kurzem unsere Profitcenter –, dass es durchaus sein kann, dass bei drastisch steigenden Erdgastarifen diese Wirtschaftlichkeit nicht mehr vorhanden ist. In diese Situation kann man in negativer Hinsicht kommen. Auf der anderen Seite ist es klar, dass bei allen Instandhaltungsvorhaben, die vor uns liegen, dass Thema Energieeffizienz noch einmal eine zusätzliche Relevanz erhält. Das sollte sich einerseits in den Instandhaltungstätigkeiten der Hochschulen niederschlagen, aber auch in der Tatsache, dass diese noch einmal mit zusätzlichen Geld un-

terstützt werden können. Wir alle wissen, dass es doch einen ziemlich umfangreichen Instandhaltungsrückstau in dieser Frage gibt.

Ich würde sagen, das waren die Aspekte, die aus meiner Sicht die Diskussion bereichern konnten. – Vielleicht noch eine Information – Stadtvertrag: Ich glaube, alle Berliner Hochschulen sind momentan im Stadtvertrag des Landes Berlin, die Charité offensichtlich nicht. Insofern sind unsere Ansprechpartner die Kolleginnen und Kollegen in der Energiewirtschaftsstelle, die diese Ausschreibung für das gesamte Land schon seit Jahren managen. Das ist eine erklecklich große Summe an Energie, die alle ein, zwei, drei Jahre ausgeschrieben wird. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Eine kurze Information: Frau Senatorin Gote musste wegen terminlichen Verpflichtungen leider schon los, weil wir die Sitzung eigentlich bis 12.30 Uhr geplant hatten. Zum Schluss würden wir Frau Prof. Dr. Rauch hören. – Sie haben das Wort.

Dr. Geraldine Rauch (Präsidentin TU Berlin) [zugeschaltet]: Es ist natürlich schade, dass es keine Redezeitenbeschränkung gibt, aber gut. – Zum einen will ich auf Frau Neugebauer eingehen. Sie hatte gefragt, wie wir das mit den Räumen offenhalten machen, wenn wir schließen müssen oder Teilbereiche schließen müssen. Wir versuchen eine Bündelung, sodass wir an großen Universitäten, zum Beispiel an der TU, nicht alle Gebäude gleichmäßig offenhaben, sondern dass wir in bestimmten Gebäuden, die zentral liegen, Lernräume oder Bibliotheken offenhalten und da möglichst gute Bedingungen schaffen – das als kleinere Antwort.

Dann noch ein größerer Appell zu dem Thema Bauen: Lieber Herr Schulze, Sie haben völlig recht, ich sehe es ganz genau wie Sie. Es liegt eine gewisse Abstrusität darin, dass wir einerseits viel in große Forschungsbauten investieren und andererseits der Bestand zu wenig gewahrt ist. Das ist etwas, was wir Universitäten aus uns heraus überhaupt nicht ändern können, denn das sind verschiedene Töpfe, aus denen das bezahlt wird. Ich will noch einmal sagen: Der momentane Sanierungsstau alleine an der TU, wenn man nach energetischen Maßgaben sanieren würde, läge bei 2,4 Milliarden Euro. Für die anderen Hochschulen ist das ähnlich. Es wird darauf hinauslaufen, dass wir Gebäude schließen müssen, auch großflächiger, wenn wir nicht irgendwann einen Plan haben, wie dieser Investitionsstau abgebaut wird. Das wäre eine aus meiner Sicht dringend geforderte Maßnahme, dass wir endlich zu einem Plan kommen, wie wir überhaupt mal anfangen, den Zustand wieder zu verbessern.

Dass das nicht schnell geht, ist klar. Ich möchte noch einmal betonen – weil es mehrfach energetische Maßnahmen hieß –, dass es fast keine Maßnahmen gibt, zumindest an meiner Hochschule der TU, die man kurzfristig aus dem laufenden Budget stemmen kann, weil bei diesen maroden Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen, dass es meistens so ist, wenn man das Stromnetz anfasst, muss man gleich die Wand aufbohren, da ist dann Asbest, dann tropft es aus der Decke. Das heißt, man ist super schnell bei Maßnahmen, die über den 5 Millionen Euro liegen, und sofort sind wir in der Investplanung. Es gibt kaum Maßnahmen, die wir einzeln machen können, und es ist auch nicht sinnvoll, an einem Gebäude in ein paar Räume ein neues energetisch super Fenster einzubauen, wenn wir eigentlich wissen, eigentlich hätte man das ganze Gebäude schon vor zehn Jahren sanieren müssen. Das hängt alles zusammen. Deswegen brauchen wir unbedingt einen Plan.

Um nicht nur zu jammern: Was könnte man da machen? – Frau Czyborra, das haben Sie insbesondere gefragt. Zum einen denke ich, müssten wir uns ehrlich machen. Das hat auch Frau Lurati gerade gesagt. Wir haben einen Investitionsstau an den Hochschulen, den wir niemals alleine vom Land bewältigen können. Deswegen müssen wir aus meiner Sicht in so etwas wie Public-Private-Partnership-Modelle investieren – das ist sehr schade, dass das Frau Gote nicht mehr hört –, weil wir das niemals werden stemmen können und weil das an vielen Stellen ein Todesurteil für die Forschung und die Lehre ist. So ehrlich müssen wir uns machen.

Der zweite Punkt, dass wir es schaffen müssen, dass Bauprojekte schneller gehen – auch das hat Frau Lurati gesagt. Jeder Planungsmonat kostet uns momentan real Geld. Berlin hat nach wie vor in der Bauplanung drei Planungsschritte, andere Bundesländer nur zwei. Das wäre eine Sache, die auf gesetzlicher Ebene potenziell zu ändern wäre. Die dritte Sache ist, dass wir momentan ab 5 Millionen Euro als Hochschulen in die Investplanung gehen müssen. Es wurde im Koalitionsvertrag eigentlich ein so genannter Baukorridor versprochen. Das ist etwas, was wir dringend benötigen, weil wir aus uns selbst heraus gar nichts tun können. Wir sind gleichzeitig aufgefordert, Restmittel, die größtenteils ohnehin schon belegt sind, abzubauen. Es gibt relativ wenig Maßnahmen, die unter diesen 5 Millionen Euro liegen. Deswegen brauchen wir da ein langfristiges Konzept.

Der eine oder andere mag sagen, wir sind gerade in einer kurzfristigen Krise: Nein, das wird eine Krise sein, die bleibt. Die Klimakrise ist nicht vorbei, und die Energiekrise wird uns viele Jahre begleiten. Deswegen müssen wir schauen, dass es nicht langfristig schlimmer wird. Das wird es werden, wenn wir bei dieser Investmentplanung nicht gegensteuern. Aus meiner Sicht brauchen wir Partner im Sinne von Public-Private-Partnership-Modellen.

Das andere wurde alles schon gesagt. Die 3,5 Prozent Aufwuchs sind in dem Sinne nicht auskömmlich. Das haben viele schon betont. Bitte, bitte, bitte nehmen Sie alle den Zustand der Gebäude mit! Das drückt uns alle echt an die Wand, und wir haben wenig Möglichkeit, von uns heraus da rauszukommen, wenn wir nicht auch politische Möglichkeiten bekommen, hier Partner zu finden, die investieren. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen lieben Dank, Frau Prof. Rauch! Das konnten Sie nicht sehen, aber Frau Staatssekretärin Naghipour ist noch hier. Der Senat ist noch vertreten, und Ihre Appelle werden nicht ungehört verhallen! Vielen Dank! – Dann sind wir am Schluss der Anhörung, und ich danke Ihnen vier, dass Sie bei uns im Ausschuss waren und zur Energiesituation an den Hochschulen berichtet haben. Ihre eindringlichen Appelle haben wir zur Kenntnis genommen und werden diese weiter mit begleiten. Vielen Dank! – Wir können diese Anhörung eigentlich vertagen, es sei denn, es wird von der Koalition gebeten, diese abzuschließen. Wie ist da die Tendenz? Abschließen? Vertagen? – Vertagen! Dann wird diese Besprechung bis zum Vorliegen des Wortprotokolls vertagt. Jetzt wäre auch der Zeitpunkt – an die Anzuhörenden – wo Sie uns gerne verlassen dürfen. Vielen Dank auch an Frau Prof. Dr. Rauch im Livestream!

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0376

[0045](#)
WissForsch

**Eine Wissenschaftsbrücke nach Berlin –
Hochschulen bei der Aufnahme der aus der Ukraine
geflüchteten Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler
und Studierenden unterstützen**

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.